

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
E-Mail: Abromeit@T-Online.de
www.tristan-abromeit.de

24. April 2005

Liste: NWO@anjora.de

Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung / Rundbrief@cgw.de
INWO Deutschland / INWO-D@T-Online.de
Seminar für freiheitliche Ordnung / info@sffo.de
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft / SG.Lindner@t-online.de

Über die Konfusion in der Freiwirtschaft

| | Seite |
|---|------------|
| 1. Die 36. Mündener Gespräche gaben den Impuls | 1 |
| 2. Die Gesellianer müssen auf die anderen zugehen | 3 |
| 3. Zum Begriff der Freiwirtschaft / gemeinsames Logo | 5 |
| 4. Zum Geldbegriff | 8 |
| 5. Zur dosierten Inflation als Umlaufsicherung | 12 |
| 6. Dreigliederung / Gesamtheit der NWO als Gesellschaftsordnung | 19 |
| 7. Ist die Freiwirtschaft eine Ideologie | 23 |
| 8. Staatliches Notenamt / Zinsfreie Geldausgabe | 25 |
| 9. Das konkurrierende Geld / Wirkung des Regiogeldes | 30 |
| 10. Jedem nach seinem Bedürfnis, jedem nach seiner Fähigkeit..... | 31 |
| 11. Fremdinformationen | 34 |
| 12. Political Correctnes in der Freiwirtschaft | 35 |
| | |
| Anhang I: Aus CGW-Rundbrief 01/1 – März 2001 | |
| Wo ist eigentlich links und rechts? Von Herrmann Block | 40 |
| Anhang II zu der Ziffer 12. / Eden und Ariertum | 41 |
| Die Botschaft der Bibel / Kurt Scharf zu 3. Mose 25, 1-13 | S. 44 – 50 |
| Anhang III zu der Ziffer 12. Feindseligkeiten / Ein Brief aus den USA ... | 51 |

1. Die 36. Mündener Gespräche gaben den Impuls

(am 16. und 17. April 2005 in der Reinhardswaldschule Fuldata-Simmershausen)

Ekkehard Lindner von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft hat es mal wieder geschafft – nach internen Querelen und dem erneuten Ortswechsel - eine Runde der Mündener Gespräche vorzubereiten und organisatorisch durchzuführen. Er meinte am Rande der Tagung, daß er bald aufhören wolle. Die Arbeit, die die Veranstaltung mache, würde ihm

sowieso nicht gedankt. Es ist mit unserer Arbeit allgemein so wie beim Fußball, die geleistete Arbeit (die Siege) in der Vergangenheit gelten wenig, dem Tagessieger wird die Huldigung des Publikums zu teil. Die 36. Mündener Gespräche waren ein solcher Tagessieg. Ekkehard Lindner und natürlich auch die Mitwirkenden gebührt der Siegeskranz.

Mit zeitweise an die 60 Teilnehmer war es eine gute Veranstaltung. Gut war sie aus meiner Sicht auch, weil ich viele Gesichter zum ersten Mal gesehen habe und Referenten unterschiedlicher Schulen beteiligt war. Betrüblich finde ich, daß der Frauenanteil immer noch zu schwach ist und daß die ganz Alten, die das NWO-Anliegen über die Jahre mitgetragen haben, immer weniger werden. Ob ich will oder nicht, ganz eindeutig wachse ich in diese durch Tod und Krankheit freiwerdende Rolle des ganz Alten hinein. Da ich mir durch das viele Sitzen im Auto und im Tagungsraum so etwas wie ein Trombose im rechten Bein geholt habe, ist mir die durch die Teilnahme an dieser Veranstaltung auch die Anfälligkeit meines Körpers für Krankheiten und damit die Endlichkeit des Lebens ganz gratis und ohne Progammausdruck vermittelt worden.

Der Tagungsort liegt in einer reizvollen Landschaft im Fuldataal. Da es eine professionelle Tagungsstätte ist, klappte die Organisation gut. Auch das Essen schmeckte gut. Für mich war das Interessanteste an der Tagungsstätte das für mich Neue. Für Gehbehinderte ist diese Tagungsstätte durch die Weiträumigkeit zwischen Unterkunft, Essen und Tagen, durch die vielen Treppen und Gefällestrecken aber eine Strapaze. Bei schlechtem Wetter ist Regenkleidung angesagt. Ob sich Anküpfungspunkte zwischen der NWO-Arbeit und der Arbeit der Lehrerbildungsstätte, die dort zu Hause ist, ergeben können, weiß ich nicht zu sagen.

Für Wochenendtagungen halte ich die vorherige Tagungsstätte, die Heimvolkshochschule Maria Spring, für besser geeignet, weil dort bei möglichen freien Auslauf in einer ebenfalls reizvollen Landschaft, das Tagungslokal kompakter ist. (Ich sage das nicht, weil ich einst Schüler dieser Schule war und weil indirekt über diese Schule von der Freiwirtschaft und direkt von der Akademie für Wirtschaft und Politik erfahren habe. Aber eine kontinuierliche NWO-Arbeit in diesem Hause hätte bestimmt eine Ausstrahlung in die Niedersächsische Erwachsenenbildung gehabt.

2. Die Gesellianer müssen auf die anderen zugehen

In seiner Einführung wies Ekkehard Lindner – auf Äußerungen von Dieter Suhr eingehend - einmal mehr darauf hin, daß die Gesellianer oder Freiwirte¹ immer erwarten würden, daß andere sich um die eigenen Inhalte kümmern sollten, daß aber auf unserer Seite keine oder eine geringe Bereitschaft wäre, sich auf die Inhalte der anderen Schulen einzulassen. Am Schattendasein der NWO-Bewegten sei die Freiwirtschaft selber schuld. Diese Aussage stimmt in ihrem pauschalen Urteil auch durch die Wiederholung nicht.

a) Eine Hochschulmedizinerin, die vor undeutbaren Krankheitsbildern steht und deshalb keine Therapien entwickeln kann, muß – so weit sie Wissenschaft ist – sich auch um erfolgsversprechende Deutungen und Therapien der Heilkunst außerhalb des Hochschulbereiches kümmern und deren Ergebnisse in ihre eigenen Sprache übertragen. Das ist keine Gnade der Hochschulmediziner gegenüber der Außerseitermedizin und der Gesellschaft, sondern eine Verpflichtung, die sowohl aus ihrer Berufsethik abgeleitet werden kann, wie auch aus der Tatsache, daß die Gesamtgesellschaft die erheblichen Kosten der Hochschulmedizin trägt. Wenn ich die diffus in meinem Kopf gespeicherten Informationen dazu richtig bewerte, ist die Hochschulmedizin schon länger dabei, aufgelaufene „Schulden“ zu begleichen.

Das, was ich zur Hochschulmedizin gesagt habe, gilt entsprechend auch für die Wirtschaftswissenschaften. Nur hier sind die Herrschaften in der großen Mehrzahl sich noch nicht einmal bewußt geworden, daß sie über die Jahre für eine Arbeit gut dotiert wurden, die sie aus verschiedenen Gründen ungenügend erledigt haben. Das spiegelt sich auch in dem – von mir als angenehm empfundenen – Beitrag des Referenten Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, Gründer der Keynes-Gesellschaft. Ich konnte an seinen Ausführungen nicht erkennen, daß er – entsprechend der Empfehlung seines „Meisters J.M.K.“ oder als Verbeugung gegen der Gastgeberin sich mit der Theorie der NWO bis dato auseinander gesetzt hat.

b) Es gibt praktisch kein Vertreter der Freiwirtschaft in der Vergangenheit und Gegenwart, der wirklich etwas zu sagen hat bzw. hatte, der nur in der freiwirtschaftliche Suppe gerührt hätte. Häufig ist es doch so, daß die Auseinandersetzung mit der NWO erst den Auseinandersetzungen mit anderen Ideenwelten folgt (folgten) und nicht voraus geht (ging). Niemand kann

1 Gesellianer hat er wohl nicht gesagt, denn das klingt heute ja – im Gegensatz zu Keynesianer – nach Sekte, oder?

aber niemanden verübeln, daß bei der Unterrepräsentanz der Freiwirtschaft im allgemeinen, die NWO-Interessierten ihre Konzentration auf die NWO richten. Es gibt nicht deshalb keine freiwirtschaftlichen Lehrstühle und Institute, weil die Freiwirtschaft sie sich nicht verdient hat, sondern obwohl sie sich diese verdient hat. (Die Freiwirtschaft ist nämlich so etwas wie die Ehrenrettung der Nationalökonomie.)

c) Es mag auch gläubige Freiwirtschaftler geben, die das NWO-Modell als ihre persönliche Erlösungsreligion gesehen haben oder noch so empfinden. Aber diese sind – wenn überhaupt – nur milde zu beschimpfen, denn erstens produziert jede Schule unvermeidbar auch ihre Gläubigen und zweitens sind die gläubigen Schüler in verschiedener Hinsicht die Wasserträger der rationalen NWÖler.

c) Wo wir uns berechnigte Selbstvorwürfe machen dürfen und sollten, liegt auf dem Gebiet der praktischen Arbeit. Mir selber war schon als freiwirtschaftlicher Neuling – der lange auf Distanz bedacht war – klar, daß sich die Theorie ohne praktischen Nutzen für die Menschen nur sehr schwer an die Frau, an den Mann bringen läßt. Den Nutzen hätten die Menschen natürlich gleich, wenn die Theorie angewendet würde. Da die Einführung in einem demokratischen System (eine Bedingung der NWO) aber erst nach der Einsicht einer genügend großen Zahl (oder ein genügend großes Vertrauen auf Wortführer) erreicht werden kann, hätte von Anbeginn die Propaganda des guten Werkes eingesetzt werden müssen.

Bevor ich den Begriff Anthroposophie zum ersten Mal gehört habe, habe ich trotz schwierigster Studienbedingungen an der Akademie für Wirtschaft und Politik überlegt, ob ich meine dortige, verlorene Einzelposition als Freiwirtschaftler dadurch verbessern könne, wenn ich die Gründung einer studentischen Siedlungsgenossenschaft anschieben würde. Das lag sicher einerseits mit daran, daß ich selber erhebliche Wohnungsprobleme mit einer ungeplanten Familie hatte zum anderen aber auch daran, daß ich vor dem Zwischenspiel als Matrose auf einem Schiff und der Arbeit in einer Kreissparkasse im genossenschaftlichen Bereich Bankkaufmann gelernt habe. Was ich mir in der Folgezeit auch an Nützlichem ausgedacht habe, immer war die Resonanz zu gering, um ein Projekt erfolgreich durch zuziehen. Die geringe Resonanz war aber nicht nur ein Problem der kleinen Zahl freiwirtschaftlicher Menschen, sondern vor allem eines der verstopften Informationskanäle. Wenn die Anthroposophie so gearbeitet hätte, wie die Freiwirtschaft, würde wohl nur noch ein verlorener Haufen von ihr sprechen.

Aber auch andere Versuche sind aufgrund der zögerlichen, verzagten Haltung gescheitert. Als Beispiel fällt mir das SAG-Projekt von Noebe und Zube ein. Karl Walker hat die mangelnde Unterstützung beim Planspiel und dem Mehrwertsteuer-Aufklärungsprojekt beklagt. Das Silvio-Gesell-Heim und auch das SffO hätten gleich als vollwertige (und damit förderungsfähige) Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Angriff genommen werden müssen. Es ist möglich, daß dann vielleicht 50% der Wissenvermittlung für unser engeres Anliegen uninteressant gewesen wäre, aber die verbleiben 50% hätten das x-fache an Vermittlung von Freiwirtschaft sein können, was so in „reiner Form“ vermittelt wurde.

Zusammenfassung: Also wir haben unser Wirken nicht klein zu reden. Wir brauchen uns nicht zu schämen, daß wir nicht auftreten konnten wie eine Hochschule oder ein Hochschulinstitut. Wir haben jenen Menschen zu danken, die nur gläubig das Großartige der NWO erfaßt haben, und dann brav den Nachbarn, Kollegen oder einer Personenvereinigung eines unserer mehr oder weniger gelungenen Flugblätter oder Broschüren in die Hand oder den Briefkasten gesteckt haben. Nachdenklich sollte uns machen, daß wir so wenig Praktisches zu Stande gebracht haben. Nicht einmal das Archiv haben wir in eine Form gebracht, die der Größe unseres Anliegen auch nur im Geringsten entspricht. Diese Nachdenklichkeit darf – so weit sie uns nicht handlungsunfähig macht – durchaus die Form der Scham annehmen.

3. Zum Begriff der Freiwirtschaft / gemeinsames Logo

Wenn heute eine Vereinigung zur Bekämpfung des Alkoholismus gegründet würde, wäre es ziemlich unwahrscheinlich, daß man sie Guttempler² nennen würde. Aber genauso unwahrscheinlich ist, daß diese Organisation ihren Namen heute ändern würde, weil ihr Einfluß oder die Mitgliederzahl nicht im erwünschten Maße wächst. Der Grund ist einfach: Der Wiedererkennungswert ihrer „Firma“ würde leiden oder ginge verloren.

2 **Gut|templerorden (Internationaler Guttemplerorden**, englisch **International Organization of Good Templars**, Abkürzung **I.ŷO.ŷG. ŷT.**), den Werten der Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verpflichtete, politisch und konfessionell unabhängige Bewegung, die sich besonders in der Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention (Alkoholismus) engagiert; gegründet 1851 in den USA, heute in über 40 Ländern vertreten.
(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

In den 36. Mündener Gesprächen war es Prof. Huth, der wohl mal wieder die Notwendigkeit des Namenswechsels anmahnte. Ich halte es schlicht für einen Fehlschluß anzunehmen, wir hätten mit der Vermittlung unseres Anliegens aufgrund der Bezeichnungen *Natürliche Wirtschaftsordnung* und *Freiwirtschaft* die großen Schwierigkeiten. Es ist wenigstens eine unbewiesene Behauptung. Fest steht für mich, daß der Versuch unserer Wissen, unser Anliegen immer wieder unter neuen Namen an die Frau und den Mann zu bringen, nicht nur den Wiedererkennungswert unserer „Firma“ gegen Null tendieren läßt, sondern zusätzlich Widerwillen bei denen erzeugt, die auf Anhieb mit unsere Botschaft nicht zurecht kamen und nun merken, daß ihnen der gleiche Inhalt in einer anderen Verpackung serviert wird.

Wenn der Begriff *Natürliche Wirtschaftsordnung* mit dem Untertitel *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus* versehen wird, ist das nützlich, weil dem kundigen gleich vermittelt wird, daß hier die Verkehrswirtschaft und nicht die Kommandowirtschaft zum Einsatz kommen soll. Und „ohne Kapitalismus“ signalisiert gleich die Zielrichtung. Mit dieser systematischen Zuordnung und der Zielsetzung können sich die meisten Menschen identifizieren. Und wenn dann noch vermittelt wird, was Gesell selber sagt, daß die NWO keine Ordnung ist, die in der Natur vorkommt (vorkommen kann) sondern eine gesetzte Ordnung ist, in dem der Mensch gedeihen und sich wohl fühlen kann, dann ist der Begriff unüberbietbar positiv besetzt.

Humanwirtschaft dagegen ist ein Wischi-waschi-Begriff. Das „Fair“ in *Fairconomie* wurde erstmals nach meiner Erinnerung in Fairsicherungen verwendet (da hatte es noch Witz) und hat inzwischen einen inflationären Gebrauch. *Fairconomie* mit der Verstümmelung des Hauptwortes als Bestandteil halte ich für ein Begriffsmonster mit einem Effekt der Antiwerbung. „(r)evolution“ soll ja wohl umbenannt werden. Wenn diese Zeitschrift mir mit dem Titel „*fairconomie*“ in das Haus kommt, sende ich sie postwendend zurück. Das was unter *Equilibrismus* versucht wird, in Gang zu bringen, hätte vermutlich im weiten freiwirtschaftlichen Haus eine größere Chance gehabt. Hier kann ich mich natürlich täuschen. Ich glaub es nur nicht. Ich habe das Buch von Freistedt und Biehl vorgestern einem Nachbarn, von Beruf Lehrer, der mit einem komplizieren Beinbruch zu Hause liegt, zum Lesen ausgeliehen. Sinngemäßer Kommentar: „Den Begriff habe ich ja noch nie gehört, da bricht man sich ja die Zunge ab. Ist das ein neuer Ismus?“ Nur weil er meinem Urteilsvermögen traut, hat er das Buch an sich genommen.

Wenn wir uns Namen von Produkten, Firmen oder auch Ideengebäude anschauen dann sind sie gar nicht immer eindeutig deutbar oder ohne Kenntnis der Hintergründe sympathisch besetzt. Wichtig ist, daß sie mit oder ohne zusätzlicher Grafik wie ein Logo wirken. Dieses Logo muß dem Betrachter vermitteln:

„Ich fühle mich angesprochen!“, „Das klingt interessant!“, „Das ist mir vertraut!“, „Das ist das Ziel meiner Suche!“ und „Dort wirken Menschen wie ich in gleicher Weise oder Richtung!“

Nur einem kleinen internen Kreis vermittelt der Begriff *Freiwirtschaft* das Wissen um die vergeblichen Anstrengungen, die internen Querelen, die erlebte Frustration, das eigene Versagen. Im Werben um neue Mitwirker und öffentliche Aufmerksamkeit läßt sich Freiwirtschaft vielfältig mit positiver Aussage erklären.

Freiwirtschaft heißt: frei von Ausbeutung, frei von Arbeitslosigkeit, frei von Konjunkturschwankungen, frei von unfreiwilliger Armut, frei von die Demokratie zerstörenden Reichtum, frei von Gängelung durch den Staat oder Kapitalmacht, frei von Wachstumszwang als ökologische Selbstzerstörung, frei von den Kapitalismus rettende Kriege, frei von dem Wettbewerb verhindernde Konzentrationsprozesse, frei von der Ungleichheit in Bezug auf die Mutter Erde als aller Menschen Existenzgrundlage. Freiwirtschaft bedeutet aber auch, frei von unnötigen und fesselden Normen zu sein, um sein Leben in einer Verantwortung nach einem christlichen oder einem anderen Weltbild gestalten zu können.

Zu der Frage, ob der Begriffsbestandteil „Wirtschaft“ in „Freiwirtschaft“ nicht eine unangemessene Einengung der Tätigkeitsfelder des Menschen ist, nehme ich unter 6. Stellung. Hier nur soviel: Die NWO ist keine separate Ordnung des Geldwesens oder des Bodenrechtes, sondern eine Ordnung der Gesamtgesellschaft oder der gesamten Gesellschaften. Optisch gesehen ist der Begriff Freiwirtschaft eine Einengung von der NWO. Schauen wir uns aber zum Beispiel die Gliederung der Politischen und ökonomischen Essays von David Hume an, die Titel tragen wie „Über Geld“, „Über Zinsen“ dann korrespondieren diese Themen mit gesamtgesellschaftlichen Themen wie „Die Idee einer vollkommenen Republik“. Egal, ob wir induktiv oder deduktiv eine Sache beschreiben, den Zusammenhang von dem Ganzen und seinen Teilen können wir nicht auflösen. Mit der einengenden Bezeichnung von Teilen (oder Teiltätigkeiten) können wir das Ganze nicht leugnen; wir können nur beschreiben in welchem Teil des Ganzen wir uns gerade gedanklich befinden.

Minimalforderung aus dem Gesagten: Wenn wir uns nicht auf eine einheitliche Benennung unseres Anliegens einigen können und weiterhin glauben neue Bezeichnung würden den Erfolg oder den Durchbruch bringen, dann sollten wir uns wenigstens auf ein gemeinsames, eindrucksvolles grafisches Logo verständigen. Ob, das Drei-Balken-Kreuz oder dreifache F aus der Vergangenheit dafür tauglich ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, wenn wir siegen wollen, müssen wir erkennbar sein. Jedes Verstecken hinter nebulosen Begriffen wird uns weiter auf die Verliererrolle fixieren.

4. Zum Geldbegriff

Man muß sich das mal klar machen, eine Gruppe von Menschen, die mit einer Geldreform die Welt verbessern will, hat keine klare Vorstellung davon, was Geld ist. Seit Jahrzehnten wird die freiwirtschaftliche Arbeit belastend eingeengt durch den Streit um das Giralgeld. Wenn ich mir die Referentenliste der 36. Mündener Gespräche anschau und zusätzlich die Äußerungen aus dem Publikum bedenke, dann ging die große Mehrheit davon aus, daß Giral- oder Buchgeld Geld ist. Diese Freunde und Diskutanten haben nur noch ein müdes oder mitleidiges Lächeln auf den Lippen für jene, die an der alten Gelddefinition in Form von gedrucktem und geprägtem Geld festhalten. (Diese Fachleute sprechen von endogenem und exogenem Geld³). Neulich sagte einer von ihnen zu mir, er sei aufgefordert worden, sich in Sachen Geldbegriff öffentlich mit Helmut Creutz mit seiner in dieser Beziehung konservativen Haltung auseinander zu setzen. Er hätte sich dieser Aufforderung aber verweigert, weil HC eine Ikone sei, und seine Beschädigung, eine Beschädigung der Gesamtheit der Freiwirtschaft sei. Es geht hier aber nicht um die Schonung einer Ikone, die Helmut sicher auch gar nicht für sich erwartet, sondern es geht um die Glaubwürdigkeit der Freiwirtschaft insgesamt.

Die Giralgeldtheoretiker haben nun diese Theorie in ihrer ökonomischen Ausbildung wie die Muttermilch eingesogen, auch würde die Übernahme der traditionellen Gelddefinition ihnen die Anschlußfähigkeit zu ihren Kollegen (ganz) nehmen. Das wäre eine unangenehme Situation. Da ich sie aber alle samt für kluge Leute halte, muß ich ihnen aber sagen, daß sie eines

³ **Endogen** [griechisch], *allgemein*: von innen kommend, innen entstehend; Gegensatz: exogen.
(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001
Danach wäre das gedruckte und geprägte Geld das exogene und das Giralgeld das endogene.

Tages, wenn ihre Einsicht (zum Beispiel aufgrund besserer Analysen) gewachsen ist, es sein kann, daß sie ihr heutiges überlegenes Lächeln für das von Blöden halten werden.

Thomas Huth sagte in der Reinhardswaldschule, daß die Geldhortung doch gäbe. Der eine oder andere Zuhörer wird aufgeatmet und gedacht haben. „Endlich sagt auf dem Podium einer, daß es die Hortung doch gibt.“ Ich halte die Begründung nur für fraglich. Huth sagt sinngemäß, daß sich neben dem Markt, auf dem Güterströme gehandelt werden, ein Markt mit Bestandsgrößen (Aktien, Schuldtitel, Derivaten) etabliert hätte. Und hier auf diesem Nebenmarkt würde das Geld gebunden, gehortet. Diesen Nebenmarkt und seine negative Wirkung auf den Hauptmarkt will ich gar nicht leugnen. Nur von einer Geldbindung im Sinne von Horten könnten wir nur sprechen, wenn diese Geschäfte mit Bargeld abgewickelt würden. Hierzu wurde aber keine Aussage gemacht. Ich gehe davon aus, daß diese Geschäfte bargeldlos abgewickelt werden. Wenn das so ist, dann können wir hier nur von einer Fehlleitung von Krediten sprechen. Diese Fehlleitung, die den Angebotsdruck auf dem regulären Kreditmarkt mildert, hilft dann den Zins im regulären Kreditmarkt höher zuhalten, als dieses ohne das große Geschäft mit der Spekulation möglich wäre.

Es ist natürlich nicht angebracht, in wenigen Zeilen eine lange Giralgelddiskussion nachzuzeichnen. Ich will etwas anderes versuchen. Es war wohl auch Thomas Huth, der sagte, daß die Quantitätstheorie eine der ältesten Bestandteile der Nationalökonomie sei. Nun ist es aber so, daß nicht zu allen Zeiten, den Ökonomen diese Theorie gegenwärtig war. Friedman hat bekanntlich den Nobelpreis dafür erhalten, daß er diese Theorie wieder in die Lehre eingeführt hat. Keynes' Haltung dazu scheint mir sehr unklar zu sein. Der Referent der Tagung, Prof. Kromphardt versteht sie – nach der Gliederung seines Vortrages geurteilt – als eine Umklammerung. Unser verstorbener Freund Elimar Rosenbohm, der ja – wie Huth – die Bundesbank als Arbeitgeber hatte, bestritt dieser Lehre den Theoriecharakter, weil es nur eine Tatsachenbeschreibung wäre. Sie würde nur das Verhältnis der Quantität der im Markt befindlichen Waren zur Quantität des im Umlauf befindlichen Geldes als stabiles oder veränderliches Preisniveau zum Ausdruck bringen.

Eine Quantität kann aber nur bestimmt werden, wenn das, was gezahlt werden soll, eindeutig bestimmbar ist. Wenn aber das Geld nicht mehr eindeutig bestimmbar ist, ist die quantitätstheoretische Aussage Nonsens und alle Politik der Geldwertstabilität und Umlaufstabilisierung müßte auf einen Zufallserfolg hoffen. Indem wir einen Teil des Kredites zum Geld zählen, wird die Geldmenge aber unbestimmt. Denn es ist reine theoretische Willkür, die Giral-

geldeinlagen zum Geld zu zählen, aber nicht nicht die mittel- und langfristigen Einlagen. Der Lieferantenkredit, die Stundung von Verbindlichkeiten, daß Versprechen Vaters an seinen Sohn, er könne im Notfall auf seine geldliche Unterstützung rechnen, wird dabei auch noch übersehen.

Damit wir als denkende Wesen nicht kapitulieren müssen, damit die Freiwirtschaft ihre Glaubwürdigkeit wieder erlangt, sollten wir darüber nachdenken, wie wir klare Antworten auf die Frage erhalten, was Geld ist, ohne uns gegenseitig an die Gurgel zu gehen.

„Geld ist, genau genommen, keine Handelsware, sondern nur das Instrument, auf das Menschen sich geeinigt haben, um den Tausch von Waren zu erleichtern. E ist nicht eines der Räder des Handels, es ist das Öl, das die Räder leicht und glatt laufen läßt. Betrachten wir jedes Königreich für sich, so ist die größere oder geringere Geldmenge offenbar belanglos, da die Preise der Waren sich immer nach der Geldmenge richten ...“

So leitet Davi Home sein Essay „Über das Geld“ ein, das in den beiden Bänden „Politische und ökonomische Essays“ enthalten ist.⁴ In „Ökonomen aus drei Jahrhunderten“ von A. W. Anikin (Berlin Ost, 1974) heißt es, daß Home ein Vierteljahrhundert Adam Shmith engster Freund gewesen wäre.

„In der politischen Ökonomie ist Hume vor allem als einer der Begründer der quantitativen Geldtheorie bekannt geworden. Ebenso wie ihre anderen Verfechter ist auch Hume von der geschichtlichen Tatsache der sogenannten Preisrevolution ausgegangen. Nachdem im 17. und 18. Jahrhundert Gold und Silber aus Amerika nach Europa geflossen waren, gingen dort die Warenpreise allmählich in die Höhe. Hume hat selbst von einem Preisanstieg auf das Drei- bis Vierfache geschrieben. Hieraus hat er wohl auch den Schluß gezogen, daß, wenn die Geldmenge (vollwertiges Metallgeld) steigt, auch die Preise entsprechend in die Höhe gehen.“ ...

Anikin versucht die Aussage Humes zu widerlegen mit dem Hinweis, das der Arbeitsaufwand für die Gewinnung des Edelmetalls in den reichen Lagerstätten geringer geworden werden.

„Aber die richtigen Beobachtungen sind bei Hume damit behaftet, daß er das Geld als im Widerspruch zur Arbeitswerttheorie stehend betrachtet.“ (S. 149)

4 Die beiden Taschenbuchbände sind bei www.jokers.de für wenige € zu haben.

Die Quantitätstheorie.

Aus: *1000 volkswirtschaftliche Fragen und ihre Beantwortung*
von Albert Scheibler, 5. Auflage 1966 / Fragen 606 bis 613

Wer war der erste Quantitätstheoretiker und was sagt er?
Jean Bodin (Bodinus). Er sagte schon im 17. Jahrhundert, daß alles
Geld alle Ware kauft und sich aus diesem Verhältnis der Geldwert
ergibt.

Nennen Sie mir weitere Vertreter der Quantitätstheorie.

David Hume, Ricardo, Irving, Fisher, Gustav Cassel.
Was fügte nach Bodin David Hume der Quantitätstheorie an Erkenntnis
zu?

Er geht davon aus, daß eine Veränderung der Geldmenge, die be-
sonders durch den Außenhandel bei Goldzu- und Goldabfluß zu-
stande kommt, eine Veränderung der Warenpreise hervorrufen muß.

Wer war David Hume?

Er war der Lehrer von Adam Smith. Sein Hauptverdienst liegt auf
außenhandelstheoretischem Gebiet. Neben Adam Smith wird auch
er häufig als Vater der Nationalökonomie bezeichnet.

Wie steht Ricardo zur Quantitätstheorie?

Er verfeinerte sie insofern, als er von der Geldmenge auf die effek-
tiv umlaufende Geldmenge abstellte, also die Horte ausschaltete,
und dazu auch nur die tatsächlich gehandelten Waren (wir sagen
heute Handelsvolumen) als relevant für den Geldwert bezeichnete.

Irving Fisher wird so oft als der Schöpfer der Quantitätstheorie des
Geldes bezeichnet. Stimmt das?

Nein. Die Quantitätstheorie hat, wie gezeigt, eine lange Dogmen-
geschichte. Fisher kann wohl als der Schöpfer der Quantitätsformel,
dem modernen Ausdruck der Quantitätstheorie, angesehen werden.

Wie heißt die Quantitätsformel?

$$G_1 \times U + G_2 \times U = P \times H$$

Erklären Sie mir die Glieder der Quantitätsformel!

G_1 ist die Bargeld- und G_2 die Buchgeldmenge in einer Volkswirt-
schaft. Beide mit ihrer Umlaufgeschwindigkeit multipliziert müssen
identisch sein mit dem Produkt, das sich aus den Preisen (P) aller
gehandelten Waren (H, Handelsvolumen) zusammensetzt.

(S. 68)

Aus der Fisherschen Formel kann man schon ersehen, daß er nicht in allen Punkten für alle freiwirtschaftlichen Menschen die wahre Freude war.

5. Zur dosierten Inflation als Umlaufsicherung

In den Darlegungen von ein oder zwei Referenten im Fuldataal spielte auch die Philipskurve eine Rolle. Sie weiß einen längerfristigen Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Inflationsrate auf.

Finanzlexikon: philipskurve

philipskurve

Die Phillips-Kurve ist ein angenommener Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Sie wurde erstmals vom britischen Volkswirtschaftler Alban W. Phillips dargestellt. Er hatte aus Daten zur Wirtschaftsentwicklung Großbritanniens einen negativen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit abgeleitet und diesen 1958 publiziert.

Nach 1958 glaubte man, mit der Phillips-Kurve einen festen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation gefunden zu haben. Als Folge davon ließen die Regierungen eine relativ hohe Inflation zu, weil sie annahmen, daß dies zu niedrigeren Arbeitslosigkeitszahlen führen würde.

In den 1970er Jahren herrschte in vielen Ländern jedoch eine Stagflation, was zunächst als Widerlegung der Phillips-Kurve gesehen wurde. Spätere Analysen ergaben allerdings auch für die siebziger Jahre einen stabilen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Inflation, wenn man die Inflationsrate um durch Rohstoffmärkte induzierte Preissteigerungen bereinigt, denn es waren in erster Linie die steigenden Rohölpreise, die damals die Stagflation ausgelöst hatten.

Neuere Arbeiten leiten aus der Phillips-Kurve die NAIRU, die non accelerating inflation rate of unemployment ab. Diese gibt jene Arbeitslosenquote an, die mit dem Ziel der Preisniveaustabilität vereinbar ist, da auf dem Arbeitsmarkt keine Knappheiten auftreten. Damit erfährt die Phillips-Kurve eine angebotstheoretische Interpretation: Um die Arbeitslosigkeit zu senken muss man nicht, wie oben argumentiert, eine höhere Inflation zulassen, sondern Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt beseitigen, also die NAIRU senken.

Die Finanz-Informationen basieren auf der freien Enzyklopädie [Wikipedia](#) und stehen unter der [GNU Lizenz für freie Dokumentation](#).

Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung versuchte aus dem Publikum heraus durch die (hier sinngemäß wiedergebene) Frage, ob man nicht durch die systematische Auswertung der Zufallsprodukte, die die Philipskurve nachzeichnet, eine währungspolitische Handlungsanweisung für heute erarbeiten könnte, die Aufmerksamkeit auf ein anderes Modell der Umlaufsicherung zu lenken. Seine Frage ist aber im Vortragsgeschehen untergegangen. Ich denke, daß Fritz Andres mit seiner Frage das Thema „Dosierte Inflation als Umlaufsicherung des Geldes“ in die Debatte einbringen wollte. Zu diesem Zweck war wohl auch der Sonderdruck „Wieviel Inflation?“ von Eckhard Behrens (der auch anwesend war) ausgelegt worden. Es geht bei dem Thema um den gezielten Einsatz der Inflation in einer Höhe, die den konstanten Umlauf des Geldes sichert. Der Wertverlust, den die Gläubiger normalerweise dabei erleiden, soll durch Indexklauseln vermieden werden.

Ich erinnere mich an eine Äußerung von Roland Geitmann in einem CGW-Rundbrief, mit der er sein Bedauern darüber Ausdruck verleiht, daß Helmut Creutz sich darauf nicht einläßt. Ich sage erstmal nur, daß es gute Gründe für Helmut Creutz Haltung gibt, die auch die meinigen sind. Wir sind hier mal wieder bei einem Thema, daß die Freiwirtschaft als Personenzusammenhang, der sich für die Einführung der NWO einsetzt, zwar nicht gespalten hat aber doch gelähmt.

Es ist dabei ganz selbstverständlich, wenn eine geeignete wirtschaftspolitische Maßnahme politisch nicht (gleich) durchgesetzt werden kann, daß sich die Akteure überlegen müssen, ob es eine zweitbeste Lösung gibt, die sich vielleicht leichter realisieren läßt. Nun ist es aber so, daß ökonomische Modelle logisch sein können und in der Realität doch nicht funktionieren. Denken wir dan das Deficit-Spending. Die zusätzliche Geldschöpfung oder Verschuldung soll bei guter Konjunkturlage wieder abgeschöpft bzw. getilgt werden. Es klappt aus politischen Gründen nicht. Ebenso ist es mit bestimmten Subventionen, die später durch erhöhte Steuereinnahmen kompensiert werden sollen. Auch haben alle rechnerisch logischen Umverteilungsmodelle bisher in der Wirklichkeit nicht das gehalten, was sie versprochen haben.

Eckhard Behrens argumentiert in seinem Artikel „Wieviel Inflation?“ sauber und offen. Er beginnt auf Seite 3 wie folgt:

„Die Inflation hat in Deutschland einen schlechten Ruf. Die historischen Erfahrungen der Bevölkerung sind so katastrophal, dass viele sich jedes Nachdenken darüber verbieten, ob es

möglich wäre, mit einer wohldosierten Inflation einen besseren Konjunkturverlauf zu erreichen.“

Auf Seite 10 heißt es dann:

Es ginge auch ohne Inflation, wenn ein $>$ Altern des Geldes $<$ mit einer anderen Technik herbeigeführt werden könnte. Man muss diesen ökonomischen Hebel nicht bei der Funktion des Geldes als *Wertmesser* (mit Inflation) ansetzen, man kann dies auch bei der Funktion der *Wertaufbewahrung* tun.“

Weiter auf Seite 11:

„Im Mittelalter war in Europa ein Geldwesen lange weit verbreitet, dessen Geldzeichen die Münzsammler als *Brakteaten* kennen. Sie bestanden aus dünnem Silberblech, das nur einseitig geprägt wurde. Das volkswirtschaftlich Wesentliche war, dass diese Münzen häufig umgeprägt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Schlagschatz, eine Gebühr erhoben. Zur dauernden Wertaufbewahrung waren diese Münzen nicht geeignet, aber als Tausch- und Zahlungsmittel taten sie gute Dienste, weil sie den Waren nicht überlegen waren, sondern im Ergebnis einem $>$ Alterungsprozess $<$ unterlagen.“

Unter Kapitelüberschrift *Wertstabilität neu denken und verlässlich machen* schreibt Eckhard Behrens auf Seite 12 dann:

„Die Notenbanken müssen einsehen, dass eine stabile Inflationsrate die einzige Art von Wertstabilität ist, die sie mit Geldzeichen ewigen Nominalwertes gewährleisten können. Es ist natürlich nur die zweitbeste Art von denkbarer Geldwertstabilität, aber viel besser als das unerreichbare Ideal, das mit dem heutigen Geld immer nur schwankende Inflationsraten hervorbringen kann. Die Instrumente zur zuverlässigen Berechnung der Entwicklung des nominalen und des realen Geldwertes sind längst entwickelt und schon im allgemeinen Bewusstsein verankert. Jeder gute Anlageberater weiß auch zwischen der nominalen und realen Verzinsung zu unterscheiden und rational damit umzugehen.“

Aus dem Ausblick (S. 17 und 18) zitiere ich dann noch:

Eine Stabilisierung von Inflationsraten ist nur auf einem Niveau möglich, das die Öffentlichkeit heute noch nicht ohne weiteres akzeptiert. Selbst wenn Notenbanken die Notwendigkeit einer solchen Höhe heute schon einsehen, können sie sie noch nicht als Ziel öffentlich verkünden. Das würde einen ökonomischen Schock auslösen, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unkalkulierbar beschleunigen und zu weit höheren Inflationsraten

führen, bevor durch Gegensteuern die Geldmenge drastisch reduziert werden kann. Schwankende, nicht stabile Inflationsraten wären die Folge. Wir können nur hoffen, dass die Notenbanken intern in ihren Erkenntnissen weiter sind, als sie öffentlich erkennen lassen, und die Notwendigkeit eines sehr hutsamen, aber doch mutigen Vorgehens schon erkannt haben. ...

Ich bin überzeugt, dass der Weg konstanter Inflationsraten ausreichender Höhe von den Notenbanken eines nicht mehr zu fernen Tages gegangen werden wird. Dieser Weg wird über viele heikle Klippen führen; das wird kein Spaziergang. Wenn die Inflationserwartungen zu plötzlich wachgerufen werden, werden sich die Umlaufgeschwindigkeit und die Preise zu rasch beschleunigen und heftig schwanken. Aber letztlich wird dieser Weg zum Ziel führen und zwar über die Stationen:

- Zulassung höherer Inflationsraten - versehentlich und/oder experimentell (verdeckt oder offen)
 - stabile Umlaufgeschwindigkeit,
 - stabile Inflationsrate,
 - stabile Konjunktur.

Dann werden wir die Vollbeschäftigung erreichen und auf Dauer behalten.

Bevor ich meine Bewertung vornehme, möchte ich noch Irving Fisher aus „Die Illusion des Geldes“ ein Auszug aus „Stable Money“, 1934 zitieren. Dieser Auszug ist als Sonderdruck aus „Der Dritte Weg“ Nr. 12 / 1980 erschienen. Ich habe von diesem Sonderdruck und von der Schrift „Irving Fisher, Feste Währung – Illusion und Wirklichkeit, 1948 zehn Kopien angefertigt und mit in die Mündener Gespräche genommen. Fisher schreibt:

„Aber die Geschichte ist ebenso erfüllt von weniger hervorstechenden Beispielen riesiger, aus schwankender Währung entspringenden Störungen. Was hat die deutsche Moral 1918 bis 1920 schließlich gebrochen, wenn nicht das Sinken der Mark, das als solches unerkannt blieb, aber unter dem Ruf „Schiebertum“ gebrandmarkt wurde? Was denn anderes als Deflation bereitete dem Kommunismus den Weg, und was entzog ihm die Grundlage, wenn nicht Inflation? Was denn anders als ein sinkender Rubel führte in Rußland zum Bolschewismus? Lord D'Abernon, einer der tüchtigsten Kenner des Geldwesens in England, ging so weit, zu behaupten, daß nach seiner Ansicht 80% der sozialen Unzufriedenheit nach dem Kriege in Europa auf diese Ursache zurückzuführen sei. Was brachte England in erster Linie eine Labour-Regierung? Was hat in Irland die erste Unzufriedenheit unter den Bauern verursacht und was hat später diese Unzufriedenheit zur Revolution getrieben? Was hat Regierungen gestürzt und die vielen Revolutionen in ganz Europa seit dem Weltkrieg verursacht?

Es wird natürlich nicht behauptet, daß eine schwankende Währung allein den Ausschlag in der Wirtschaft gibt. Es wird nur behauptet, daß sie wegen der Geldillusion eine wichtige Rolle spielt und daß sie ziemlich allgemein nicht beachtet wird; infolgedessen sollte die Geschichte aller wichtigen Zeitabschnitte mit steigenden und fallenden Preisen erneut von Geschichtsschreibern, die ihre Augen nicht vor den nunmehr bekannten Auswirkungen der Inflation und der Deflation verschließen, bearbeitet werden, (sh. Fritz Schwarz, 'Segen und Fluch des

Geldes in der Geschichte der Völker'.)“ (S.6)

„Die älteren Befürworter der Wertbefestigung wie zum Beispiel Oresme, Kopernikus und Gresham habe sich daher für die Beibehaltung eines festgelegten Gewichtes und Metallfeingehaltes bei den im Umlauf befindlichen Münzen eingesetzt“. (S.6)

„Bis in die jüngste Zeit herein hinderte die Schwierigkeit, diese Kaufkraft des Geldes den Waren gegenüber messen zu können, an der Erkenntnis, bis zu welchem Grade Geldwertschwankungen für eine große Zahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mißstände verantwortlich zu machen seien.“ ...

„Aber erst als man allgemein den Wert der Indexzahlen bei der Bestimmung der Kaufkraft des Geldes erkannte, konnte das Bedürfnis nach einem Geld, das in dieser Hinsicht fest ist, greifbare Formen annehmen.“ (S. 7)

Ich habe Irving Fisher ⁵ hier nicht zitiert, um gleich einen Widerspruch zu Ausführungen von Eckhard Behrens zu konstruieren. Mir geht es erst einmal in Erinnerung zu rufen, welch ein großer theoretischer Fortschritt Gesell für die Ökonomie am Anfang des 20. Jahrhunderts war, wie schwer sich die Menschen von der Geldillusion gelöst haben und wie stark die Geldwertschwankungen auf die Politik des vorigen eingewirkt haben.

Ich bringe jetzt noch ein Zitat von Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325 – 1382) aus dem „Traktat über Geldabwertungen“, Herausgegeben von Edgar Schorer, 1937. Fischer zählt Oresme ja zu den älteren Befürwortern der Wertbefestigung. ⁶

Aus dem Kapitel ÜBER GELDVERÄNDERUNGEN IM ALLGEMEINEN. (S. 47)

Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin ge-

5 Mir fällt dabei ein, daß einen Beitrag von Starbatty über Fisher gelesen habe, aus dem nicht erkenntlich war, daß Fisher sich als „ein bescheidener Apostel des Kaufmanns Silvio Gesell(s)“ bezeichnete. Starbatty, der ja mehrfach Begegnungen mit freiwirtschaftlichen Organisationen hatte, hat diese Zusammenhänge einfach verleugnet oder verdrängt.

6 Ich habe das Zitat schon in mehreren Arbeiten gebracht. Die Weisheit, die in dieser Aussage steckt, nutzt sich aber nicht durch die Wiederholung ab.

schiebt! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht. Nun ist es aber so, daß der Wert der Zahlungsmittel in einem Königreich eine Art Gesetz und feste Bestimmung sein muß. Daß gewisse Gehälter und Jahreseinkünfte dem Geldpreis entsprechend festgelegt wurden, nämlich auf eine bestimmte Summe von Pfund oder Silbermünzen hin, beweist es. Daraus ergibt sich, daß man nie eine Mutation der Zahlungsmittel vornehmen darf, außer in höchster Not oder mit offenkundigem Vorteil für alle Geldbesitzer. So lehrt auch Aristoteles im fünften Buch seiner Ethik, wo von Münzen die Rede ist: sie müssen in Wahrheit unverändert bleiben.

Meine zusammenfassende Bewertung:

Wer erkannt hat, daß die Umlaufsicherung des Geldes eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand und Frieden in und zwischen den Gesellschaften ist und sieht, daß die beste Lösung des Problems, die kontinuierliche Entwertung (oder Besteuerung) der Geldzeichen (nicht der Währung) politisch in absehbarer Zeit nicht durchsetzbar ist, hat auch das Recht die zweitbeste Lösung mit dosierter Inflation und Indexklauseln zu formulieren und zu publizieren.

Eckhard Behrens, Fritz Andres, und Jobst von Heynitz machen dies im Namen des Seminars für freiheitliche Ordnung seit Jahren. Fragwürdig wird die Sache für mich allerdings, wenn die zweitbeste Lösung zu einem Markenzeichen einer der Freiwirtschaft sich verpflichtet fühlenden Organisation wird. Hier geht einfach die Verpflichtung zum Einsatz für die beste Lösung verloren.

Meine Einwände gegen die Propagierung der zweitbesten Lösung unter den Bedingungen von Demokratie:

a) Nach meiner Einschätzung erfordert zweitbeste Modell der Umlaufsicherung eine wesentliche höhere Einsichtsfähig- und Lernfähigkeit des Gesamtvolkes.

b) Das Modell der dosierten Inflation muß das Mißtrauen gegen eine konkrete, geplante Inflation und den generellen Widerstand gegen Inflationen, der aufgrund der historisch gewachsenen und berechtigten Angst entstanden ist, überwinden.

c) Die Wertanpassung der Einzelverträge gegenüber der entwerteten Währung hört sich in der Theorie zwar einfach an, ist aber mit einem ständigen hohen bürokratischen Aufwand ver-

bunden.

Wer noch die gegenseitigen Vorwürfe von Preis-Lohn-Spirale und Lohn-Preis-Spirale, die Vorwürfe, daß beim Umstieg von DM auf Euro nur die Währungsbezeichnungen geändert wurden und die Tatsache, daß sich heute noch die Käufer beim Kauf vertun, weil sie die Euroangaben als DM-Angaben werten, der kann sich leicht ausmalen, welcher Hickhack in der Gesellschaft um a) die Vertrauenswürdigkeit richtigen Indexberechnungen und b) um die Anpassungen in Bezug auf Höhe und Zeitpunkt entsteht

Die Bewertungen bei Kaufentscheidungen, beim Abschluß von Verträgen richtet sich nicht nur nach Preislisten und Indextabellen, sondern auch nach einem sich als Gefühl oder Gespür entwickelnder Wertigkeit. Dieses Wertigkeitsgefühl entwickelt sich aber längerfristig und ist nicht beliebig entsprechend monatlichen oder jährlichen Zeitabschnitten anpaßbar.

d) Mit der letzten Aussage bin ich bei der Weisheit des Oresme. Wir leben in einer Zeit, in der wir täglich mit neuen Gesetzen und Verordnungen überschüttet werden. Die meisten dieser staatlichen Normen haben ihr Verfallsdatum schon erreicht, wenn sie veröffentlicht werden. Wir leben in einer Arbeitswelt, wo das Wissen, was wir uns heute mühsam angeeignet haben, morgen schon wieder ungültig ist. Dies bezieht besonders auf das Computerwissen. Das Gespür für Recht und Rechtmäßigkeit und das Vertrauen in die Zukunft aufgrund von Selbstvertrauen entwickelt sich aber nur langsam und überhaupt nur dann, wenn Recht und Rechtmäßigkeit etwas Beständiges⁷ ist und die individuelle Zukunftsplanung auf Gewißheiten aufbauen kann. Wenn wir heute von einer orientierungslosen Gesellschaft sprechen können, dann weil das Recht beliebig und die Zukunft in einem hohen Maße ungewiß ist. Das Instrument der dosierten Inflation mit Indexausgleich, würde nur von einer Minderheit der Bevölkerung verstanden werden und den Trend zur Verunsicherung (mit Sehnsucht nach dem Sicherheit versprechenden starken Mann / versprechende Frau) verstärken.

e) Ich denke, das SffO-Modell der Umlaufsicherung sollte nur parallel zur direkten Umlaufsicherung dargestellt oder als Synopse mit Verfahren und Wirkungen der unregulierten Inflation, der Null-Inflation ohne Umlaufsicherung und der Deflation dargestellt werden, so daß die Empfänger der Botschaft selber urteilen können, welches Modell nach ihrer Einschätzung die

⁷ Dies Beständigkeit schließt Änderung, die das Erfordernis der Gemächlichkeit erfüllen nicht aus. (Stichwort von Peter Kafka: Vielfalt und Gemächlichkeit ist das Schöpfungsprinzip.

Zustimmung verdient.

f) Das Umlaufsicherungsmodell des SffO halte ich nur bedingt für eine politische Strategie. Ich denke, hier kommt auch die Verliebtheit in das eigene Modell zum Ausdruck.

6. Dreigliederung / Gesamtheit der NWO als Gesellschaftsordnung

An einer Stelle der Diskussion wandte der Tagungsteilnehmer Josef Gruber - in einem Info ausgewiesen als Prof. (em.) Dr. Dr. Dr.h.c., Ehrenpräsident der Deutschen Vereinigung für Raumenergie e.V. - ein, daß bei der Gesamtbetrachtung ja auch noch ... zu berücksichtigen sei. Ich weiß nicht mehr was es war. Ich weiß aber noch, daß Fritz Andres darauf Bezug nahm und auf die Notwendigkeit der Reform des Bildungswesens hinwies.

In einer anderen Veranstaltung in der auch der Marxist Elmar Altvater einen Vortrag mit dem Titel „Eine andere Welt mit welchem Geld – Über neoliberale Kritik der Globalisierungskritik, unbelehrte Ignoranz und Gesells Lehre vom Freigeld und Freiland“ gehalten hat (CGW-Rundbrief 04/2), hat er auch wohl gesagt, daß Gesell eine Geldtheorie ohne Gesellschaftstheorie betreibe. Christoph Körner vom CGW pflichtet dem bei und Werner Onken schreibt in seinem Text:

Für eine ander Welt mit einem anderen Geld
Sind die Geldreformer wirklich Antisemiten und deshalb
„unwillkommene Trittbrettfahrer“ der Globalisierungskritik?

2.6 Gesamtzusammenhang von Geld- und Realsphäre

In einem anderen Kritikpunkt möchte ich Elmar Altvater jedoch entgegenkommen und ihm zustimmen, dass Gesell und seine Anhängerschaft oftmals eine "Geldtheorie ohne Gesellschaftstheorie" betrieben und dabei den "gesellschaftlichen Kontext" vernachlässigt haben. Ansatzweise wurde der Produktionsprozess im 5. Kapitel seines Hauptwerks und an anderen Stellen durchaus mitbedacht; aber es wurde versäumt, die Geldkritik auch systematisch zu einer Theorie der Wettbewerbsbeschränkungen und zu einer Konzentrations- und Monopoltheorie auszubauen. Bislang haben nur Fritz Andres und Eckhard Behrens vom "Seminar für freiheitliche Ordnung" Themen aus der Arbeitswelt sowie die Untemehmensverfassung in ihre Überlegungen einbezogen. An diesem Punkt hat die Geld- und Bodenreformbewegung noch einen

beträchtlichen theoretischen Nachholbedarf, vor allem im Hinblick auf die Dezentralisierung der Produktionsmittel und einen Wandel in der Arbeitswelt.

Mit ihrem Ziel einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" ist die Bodenrechts- und Geldreformbewegung gegenüber dem wirtschaftlichen Wettbewerb nicht so skeptisch eingestellt wie Altvater, der offenbar auch eine von der strukturellen Macht des Geldes befreite Marktwirtschaft noch als "eine brutale Wettbewerbsordnung der darwinistischen Auslese" ansieht. Schon mit der Betrachtung von Boden, Ressourcen und Geld als Gemeinschaftsgütern unterscheidet sich die Bodenrechts- und Geldreform grundsätzlich von der ‚neoliberalen‘ Totalprivatisierung und Auflösung sozialer Bezüge. Andererseits sollte Altvaters Warnung vor einer "Vergötzung des Wettbewerbs" ernst genommen werden, denn neben der privaten Wettbewerbswirtschaft ist bislang die Notwendigkeit von gemeinwirtschaftlichen Bereichen, gegenseitiger Hilfe und Solidarität nur von den CGW deutlicher hervorgehoben worden.

Ich halte das zum Teil für Fehlschlüsse und auch für eine Abwertung der Arbeit, die wir gemeinsam leisten. Natürlich können wir nicht alle, alle gesellschaftlichen Probleme behandeln, die vorhandene Gesamtgesellschaft nachzeichnen oder neue Gesellschaftsordnungen konzipieren. Schon lange haben nicht alle die Muße oder die Fähigkeit ihr Nachdenken über die Arbeitswelt einen schriftlichen Ausdruck zu verleihen. Aber über das Geld und den Boden nachdenken ohne die Bezüge zur Gesamtgesellschaft herzustellen oder die Bezüge zur Arbeitswelt mit zu bedenken, das ist fast unmöglich. Ich habe weiter oben auch versucht, dieses mit dem Hinweis auf das Inhaltsverzeichnis von den Essays von David Hume zu verdeutlichen. Wenn Gesell Titel veröffentlicht hat wie „Der Abbau des Staates“ oder der „Der abgebaute Staat“, dann doch wohl weil er über die Umlaufsicherung des Geldes hinausgedacht hat.

Seit Jahr und Tag sagen wir, daß in einem marktwirtschaftlichen System auch kommunistische und genossenschaftliche Unternehmen bestehen können, sofern sie freiwillige Zusammenschlüsse von Werktätigen sind und nicht durch Kartelle und Monopole die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprengen wollen. Gerade in der NWO wird es einen Wettbewerb um die besser Betriebs- und Unternehmensform geben. Weil die Menschen dann auf einen sicheren ökonomischen Grund, befreit von einem überbordenden Bürokratismus, handeln können, werden sie auch experimentierfreudiger sein als heute. Produktionsgenossenschaften sind nicht deshalb gescheitert, weil die Idee so schlecht ist, sondern weil die Idee von staatsfixierten Sozialisten mit untauglichen Rechtsnormen erwürgt wurde. Wenn Bedenken gegen den Wettbewerb geäußert werden, dann ist klar zu machen, daß es ohne Wettbewerb keine Freiheit gibt. Die Alternative zum Wettbewerb ist die Zuteilung. Und in einer Zuteilungsgesellschaft wird die „darwinistische Auslese“ von mächtigen Zuteilern vorgenommen.

„... 'neoliberalen' Totalprivatisierung und Auflösung sozialer Bezüge.“ ... Das ist ein Teil-Satz der sich kräftig anhört. Nur: 1. Neoliberalismus können wir genausowenig, wie Monetarismus, Keynesianismus, Liberalismus und Sozialismus einfach als Schimpfworte übernehmen, weil wir mit Teilbereichen unserer Lehre darin verwurzelt sind. Wir müssen uns die Mühe machen die Gemeinsamkeiten und das Trennende zu beschreiben. 2. Bei der Privatisierung gilt es auf einen ordnungspolitischen Hintergrund zu beschreiben, was sinnvoll ist zu privatisieren und was nicht. Auch ist zwischen staatlich und privatrechtlich wohl „kommunal“ als eine Zwischenstufe anzusehen. Wenn wir die Privatisierung aber nicht unter „neoliberalen“ Aspekten ansehen, sondern unter dem von Proudhon abgeleiteten (Hahn) föderalistischem Prinzip, das auf das Privatrecht aufbaut, dann bleibt auch nicht viel für „staatlich“ über. 3. Soziale Bezüge lassen sich zwar zerstören, aber nicht auf Dauer verhindern, sie entstehen sogar noch unter den Bedingungen des KZ oder GULAGs. Manchem werden noch Dinge als „soziale Bezüge“ benannt, bei denen nur noch die Form besteht, der Inhalt aber schon lange verloren gegangen ist. Wir können den Begriff „soziale Bezüge“ auch nicht auf die Zwangsversicherungen, auf das formale Mitbestimmungsrecht, auf die Gewerkschaften und die Parteien reduzieren. Wenn wir uns zum Beispiel die Tauschringe ansehen, so stellen sie weniger ökonomische aber dafür mehr neue soziale Bezüge her.

Dann noch eine Anmerkung zum Begriff „gemeinwirtschaftlich“: Wir wissen, daß dieser Begriff durch den gescheiterten gewerkschaftlichen Versuch, eine privatwirtschaftliche Sonderform von Arbeitnehmerökonomie herzustellen, besetzt ist. Auch wissen wir, daß mit privatrechtlicher, wettbewerblicher Wirtschaft nicht die Autarkie der Einzelunternehmung gemeint ist, sondern ihre Autonomie. Eine Autonomie, die mit anderen autonomen Einheiten korrespondiert. Die ganze Idee des Liberalismus besteht doch darin, daß durch das Streben nach individuellen Vorteilen, die Bedürfnisse der Gemeinschaft am besten befriedigt werden. Unter Gemeinwirtschaft könnten wir verstehen, daß gemeinsame Interessen am wirtschaftlichen Handeln oder die Befriedigung von gemeinsamen Bedürfnissen. Um diese gemeinsamen Interessen zu befriedigen oder die gemeinwirtschaftlichen Belange zu berücksichtigen gibt es eben die zwei Wege: den zentralistischen oder dezentralen. Die Freiwirtschaft steht für den dezentralen Weg.

Vielleicht hilft es, wenn wir in Tagungsräumen auf eine große Tafel, in Publikationen auf einer Seite versuchen die gesamtgesellschaftlichen Strukturen wie wir sie jetzt sehen und wie wir sie in Zukunft haben wollen darzustellen. Wir könnten dann mit einem Fingerzeig zeigen,

wo wir uns gerade gedanklich befinden und andeuten, welche Auswirkungen dieser Bereich auf die anderen hat.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung ist natürlich durch ihre anthroposophische Wurzel und in Folge der Dreigliederung vorgeprägt. „Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft“ so der Untertitel von Diether Vogels Buch „Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit“ zwingt ja geradezu zum gesamtgesellschaftlichen Denken. Erfahrungsgemäß erfaßt man die Einheit eines Ganzen auch besser, wenn es uns gelingt sie zu gliedern. Diese Gliederung erfolgt entweder willkürlich z.B. indem wir einfach Sektoren oder Wirkungsbereiche markieren oder wir bemühen uns eine Gliederung zu entdecken, die in der Natur der Sache vorgegeben ist. Ich selber halte die Kultur, den Staat und die Wirtschaft weniger für Sektoren als für Wirkungsbereiche. Die Kultur mit ihren tradierten Werten, Einstellungen, Fähigkeiten, Erkenntnissen wirken auf den Staat und die Wirtschaft ein, der Staat mit seiner Normsetzung und Normdurchsetzung wirkt auf die Bereiche Kultur und Wirtschaft ein und die Wirtschaft hat natürlich Rückwirkungen auf die Kultur und den Staat. Die Frage ob die anthroposophische Dreigliederung eine Hilfe oder eine Falle ist, können wir als Gesellschaftsgestalter (en miniatur) nicht übergehen. Genausowenig die Frage, ob die Viergliederung von Johannes Heinrichs ein Ausdruck von intellektueller Eitelkeit ist oder eine weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Mich stört an der anthroposophischen Dreigliederung, daß sie die Kulturschaffenden (Künstler, Lehrer etc. zu eine Art besserer Wohlfahrtsempfänger machen will. Denn die Finanzierung der Kultur sehen die Anthroposophen letztendlich nur über Schenkungen gesichert. Dabei ist diese Finanzierung nur eine Variante, der staatlichen Zwangsfinanzierung. Ich sehe die Kulturarbeit, soweit sie eine nährende Funktion hat, aber als Teilbereich der Wirtschaft. Die Abhängigkeit der Kulturschaffenden von Stiftungs- oder Staatsfunktionären ist mir ein widerlicher Gedanke. Wichtig ist für mich, daß sich keiner wegen seiner Kunst oder seiner Werte, die er vermitteln möchte, verbiegen muß, daß er mit wenigen Stunden profaner Erwerbsarbeit, seine künstlerische und geistige Unabhängigkeit sichern kann. (Natürlich auch immer in weiblicher Form gedacht). Durch die Realisierung der Freiwirtschaft ist das möglich.

Ich gebe aber zu, daß in den freiwirtschaftlichen Berichterstattung das Thema freies Bildungssystem zu kurz kommt. Die gleiche Aussage gilt leider auch für das Bodenrecht. Gottlob haben wir hier im Vorstandsmitglied des SffO, Fritz Andres, einen Menschen, der die Themen

immer wieder in hervorragender Weise aufgreift. Zur Welt der Arbeit, den Unternehmensformen und ihren rechtlichen Rahmen könnte wesentlich mehr gesagt werden und das, was schon gesagt wurde, mehr hervorgehoben werden.

7. Ist die Freiwirtschaft eine Ideologie ?

In den 31. Mündener Gesprächen im März 2002 hat Jörg Gude einen Vortrag gehalten mit dem Titel „Kritik der Ideologie der Ideologiekritik“. Ich war nicht auf dieser Veranstaltung der SG, sondern habe den Beitrag in *espero* Nr. 43 vom März 2005 gelesen. Ich werde den Vortrag hier nicht referieren, sondern empfehle diese Ausgabe bei Uwe Timm anzufordern (Utespere@aol.com / www.utespero.de). Noch besser ist es, diese kleine Zeitschrift zu abonnieren, denn der von Uwe Timm repräsentierte anarchistische Zweig der Freiwirtschaft ist zu schwach ausgebaut.

Der Vortragstitel von Jörg Gude hört sich kompliziert an, beschreibt aber den einfachen Sachverhalt, daß die Forderung *ideologiefrei* zu argumentieren, selbst eine Ideologie werden kann. Ich habe den Beitrag von Gude mit Gewinn gelesen, stellt er doch auch eine Linie mit der Religions- und Koalitionsfreiheit des Grundgesetzes her. Der Mangel von Gudes Beitrag liegt meines Erachtens darin, daß er den Begriff der Ideologie, trotz zur Hilfenahmen von Lexika nicht richtig zu packen bekommt. Auch vermisste ich ein Bezug zum Begriff der *Wertfreiheit in der Wissenschaft*. Aber wenn dieser Mangel nicht wäre, wäre ich nicht auf die Idee gekommen, zu fragen, ob die Freiwirtschaft eine Ideologie ist.

Rudolf Bahro hat sich, als er von der ehemaligen DDR in die BRD wechselte, als Ideologe vorgestellt. Er wollte damit ausdrücken, daß er ein Kundiger der politischen Ideen ist. Er merkte aber bald, daß der Begriff *Ideologe* hier im Westen inhaltlich anders besetzt ist. Hier ist ein Ideologe, der interessen-, schicht- oder klassengebunden argumentiert. Mir fiel bei diesen Überlegungen ein, daß ich Aufzeichnungen zum Thema aus der Zeit der Vorlesungen von Prof. Janpeter Kob an der AWP in Hamburg (1964/66) haben muß. Und ich habe diese sogar in meinem Chaos der Unterlagen gefunden. Es stellte sich heraus, daß das Thema nicht in den Skripten, die wir damals von Kob erhalten haben behandelt wird, sondern auf Seiten, die ich selber maschinenschriftlich angefertigt habe. Ich vermute mal, es ist eine Über-

tragung meiner handschriftlichen Mitschrift aus einer Vorlesung. Ich zitiere:

„Ideologie:

Begriff in der Soziologie umstritten, nach Mannheim allgemein: eine bestimmte Erkenntnis-, Denk- und Wertungsweise, die als Ganzes wesentlich durch die soziale Lage, die sozialen Interessen und Zielsetzungen sowohl des Einzelnen als auch der Gruppen, die diese Denkweisen entwickeln, bestimmt ist.

Ideologiebegriff aufgefächert in:

- a) Ideologie im spezielleren Sinn als Denkweise, durch die die gegebene soziale Lage konserviert und erhalten, d.h. Bestehende soziale Verhältnisse gerechtfertigt werden sollen;
- b) Utopie: Denkweise ideologischen Charakters, der es darauf ankommt, die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Weitere Unterscheidung:

Partikulare Ideologie = Teilbereich des Denkens

Totale Ideologie: Das Denken des Menschen ist vielmehr grundsätzlich von seiner gesellschaftlichen Situation her determiniert; diese Seinsbestimmtheit des Denkens bewirkt eine Verfälschung, Verzerrung der Wirklichkeit. In diesem Sinn bedeutet Ideologie falsches Denken.

Der Ideologiebegriff bei Marx ist wertend:

Der Marx'sche Begriff von Ideologie ist später in dem bloßen Sinne einer polemischen Funktion verflacht worden: der Gegner allein denkt „ideologisch“.

Mannheim entwickelt zwei Positionen, die eine Befreiung aus der totalen Ideologisierung möglich machen:

1. Es gibt in jeweils der sozialen Situation, der allgemeinen historischen, politischen, ökonomischen Lage angemessenes Denken.
2. Es gibt die „freischwebenden“ Intellektuellen. Diese können aus der Synthese der einzelnen Ideologien eine Denkweise entwickeln, die für einen bestimmten Zeitraum relativ mehr Gültigkeit besitzt als die stark sozial gebundenen Gruppen.

Wichtig ist der Ideologiebegriff für die moderne Soziologie in zweierlei Hinsicht:

1. zur Bewältigung und zum Verständnis bestimmter Zusammenhänge bei der Betrachtung einer Gesellschaft und
2. zur Kontrolle und Relativierung der eigenen wissenschaftlichen Aussage.“

Schauen wir uns nun an, wer die Freiwirtschaft entwickelt und vertreten hat, heute vertritt und wer alles einen Vorteil von der Realisierung der NWO haben würde, dann ist die Freiwirt-

schaft eindeutig keine Ideologie. Sie ist aber wie die Utopie ideologischen Charakters eine Gestaltungsidee. Aber ohne Gestaltungsidee kann weder ein Einzelner, eine Gruppen noch die Gesamtgesellschaft neue Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickeln.⁸ Und damit wären wir wieder bei den Ausführungen von Jörg Gude. Er schreibt u.a.:

„Die Akratie der Ideologien bietet auch ein Offensein für Idologien, zumindest ein Offenhalten von Entwicklung. Dagegen fordert die Ideologie der Ideologielosigkeit einen Schlusspunkt, ein Ende der Auseinandersetzung, die sie schon für sich zu entschieden haben glaubt. Das erinnert fatal an die These vom Ende der Geschichte nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme.“

Egal ob Gude hier nun „Ideologie“ als eine an Interessen gebundene Gestaltungsidee versteht oder als eine der „freischwebenden“ Intellektuellen, die auf eine Allgemeingültigkeit gerichtet ist, beide Formen von Gestaltungsideen haben ihre Berechtigung solange ihr Charakter ersichtlich ist. Da keine Gestaltungsidee das Stadium der Endgültigkeit erreichen kann (es denn durch ihr Absterben), ist nicht nur die Offenheit der Menschen für Gestaltungsideen, sondern auch die Offenheit in ihnen und ihr Wettbewerb untereinander für den Fortschritt wichtig. Die NWO braucht diesen Wettbewerb nicht scheuen, sie hat inhaltlich eine starke Position, bedient sie doch die Kernanliegen der christlichen Soziallehre, des Liberalismus, des Sozialismus und des Anarchismus und ist bis auf die Verneinung des Zentralismus ein offenes System..

Gude zitiert aus einem Lied, das von Hildegard Knef gesungen wurde:

„Du mußt entscheiden, wie Du leben willst.“

Diese Entscheidung muß fallen, bevor wir uns für oder gegen eine Gestaltungsidee aussprechen, die uns dann als Leitstern für unser Weiter-Denken und Handeln dienen kann.

8. Staatliches Notenamt / Zinsfreie Geldausgabe

Da wir nicht so etwas wie ständig aktualisierte und kommentierte Lehrsätze der Freiwirtschaft haben, an denen Neuzugänge und Altsitzer ihr Denken und Argumentieren überprüfen können, kommt es immer wieder zur Verwirrung. Die Verstaatlichung des Geldwesens, sei doch eine wesentliche Forderung Gesells gewesen, also müßten wir sie doch anstreben. Gesell

8 Nicolaus Hartmann spricht in „Neue Wege der Ontologie“, o.J., von den Ideen als Mächte. Weil diese Mächte nach ihrer Realisierung drängen, ist es wichtig, immer wieder unsere Ideen auf die möglichen Wirkungen hin zu überprüfen.

hat seine Forderung auf dem Hintergrund erhoben, daß die Notenbanken privatwirtschaftliche Kapitalgesellschaften waren. Um die Kollision zwischen privatwirtschaftlichen Interessen und denen des Allgemeinwohls zu verhindern, war die Forderung nach Verstaatlichung richtig. Genauso wichtig ist aber auch die Vermeidung von Kollisionen zwischen den finanzwirtschaftlichen Interessen des Staates und dem des Allgemeinwohles. Die Errichtung der Notenbank als vom Regierungssystem unabhängige öffentlich-rechtliche Einrichtung (auch in supranationaler Form) wird der Abwehr beider Gefährdungen der Währung gerecht.

Ein Unbehagen bleibt trotzdem. Wenn zum Beispiel die EZB ihrer Verpflichtung zur Stabilität des Euro aus Angst vor einer Deflation ausweicht und eine relative Stabilität von 2% Inflation pro Jahr ansteuert, dann ist das Eindeutig Politik. Diese Politik wäre nur dann gerechtfertigt, wenn sie vorher in einem gesamteuropäischen, demokratischen Verfahren legitimiert worden wäre.

Ich habe in meinem Text vom Oktober 1989 mit dem Titel „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik bereits entsprechende Überlegungen angestellt. Siehe meine Internetseite Text Nr. 5. Ich gebe hierfolgende Auszüge wieder:

9. Frage aufgeteilt in:

- a) Ist es nicht dringend geboten theoretisch und politisch zu klären und danach gesetzlich zu fixieren, daß es mit dem Notenbankauftrag nicht zu vereinbaren ist, daß die Bundesregierung irgendwelche Vorschriften zu der Art des Devisenaustausches macht, außer, daß die Kurse (Preise) frei sind?
- b) Ist es nicht dringend geboten zu klären, daß es mit dem Auftrag der Bundesbank, die Währung zu sichern, nicht zu vereinbaren ist, daß sie interventionistisch auf den Devisenmarkt eingreift?

(Dazu siehe auch Fragen weiter unten.)

So wie die Dinge jetzt liegen, betreibt die Bundesbank Politik mit der Einwirkung auf das Leben jeden Bundesbürgers (und darüber hinaus), ohne daß sie eine demokratische Legitimation dazu hat und zwar - wie mir scheint - in einer rechtlichen Grauzone. Bei der unklaren gesetzlichen Aufgabenstellung der Bundesbank kommt es zu gegenseitigen Übergriffen in den jeweiligen Aufgabenbereich von Bundesregierung und Bundesbank und zwar bei Nichterreichung von ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen.

Um diesen rechtlichen, demokratischen Mißstand zu überwinden sehe ich drei Lösungen:

A) Die Bundesbank wird mit einer erforderlichen Mehrheit des Bundestages (oder durch einen Volksentscheid) in den Rang einer vierten von den anderen unabhängigen Gewalt ge-

hoben. Wobei die Organe dieser Gewalt (Direktorium und Zentralbankrat) nach demokratischen Regeln gewählt werden.

B) Die Bundesbank wird zu einem Ministerium der Bundesregierung umgestaltet. Der Notenbankpräsident wird zum Notenbankminister.

C) Die Bundesbank erhält den Charakter einer regierungsunabhängigen Behörde, die an klar definierte und langfristig geltende Regeln gebunden wird. Ihr wird kein Spielraum für politisches Gestalten nach eigenem Gutdünken zugestanden und sie wird der parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Zur Lösung A):

Die Währungsmacher haben defacto mehr oder weniger in der Geschichte als von anderen Gewalten unabhängige Gewalt bestanden, wenn die Münze nicht mit dem Fürsten oder Königs-thron zusammenfiel. Diese Gewalt wurde ausgeübt in Unkenntnis der wahren Zusammenhänge oder gerade in deren Kenntnis. Kristjan Jurjewitsch Rakowskij, Sowjetbotschafter in Paris soll in einer Vernehmung der GPU am 26. 1. 1938 gesagt haben, daß das Volk nach der Französischen Revolution – deren 200. Jahrestag ja ausgiebig gefeiert wurde - siegestrunken davon, den König, die Privilegierten und ihre Macht gestürzt zu haben, nicht bemerkt hat, daß Fremde, Kenner der Materie sich das königliche Privileg, Münzen zu prägen, angeeignet hatten und damit das Volk um die Früchte der Revolution betrogen hätten. Frei zitiert nach Josef Landowsky „Rakowskij Protokoll“. Die Frage, ob dieses Protokoll echt ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle, denn wer die Geschichte mit einem Bewußtsein für Währungsfragen durchsieht, kommt mehr oder weniger für alle Zeiten zum gleichen Schluß wie Rakowskij für die Zeit nach der Französischen Revolution. In einem mir vorliegenden Info wird der heute lebende Hans-Christoph Binswanger (Professor für Ökonomie) wie folgt zitiert:

"99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als 'nicht existent'. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich."

Der Parlamentarische Rat als verfassungsgebende Versammlung hat 1949 die Grundrechte beeinträchtigenden Probleme der Währungsordnung auch nicht gesehen, sonst hätte er den Artikel 88 des Grundgesetzes wohl nicht nur mit dem mageren Satz formuliert: Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank. Aus Blickrichtung des genannten demokratischen Legitimationsdefizites und unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß Währungsfragen auch Machtfragen sind und unter der Voraussetzung, daß die Notenbankleitung keinem Regelwerk unterworfen werden kann und ihr daher politische Gestaltung zugestanden werden muß, ist es durchaus sinnvoll der Notenbank den Rang einer vierten Gewalt zu verleihen. Die Notenbankleitung müßte dann aber nicht nur demokratischen Wahlen unterworfen werden, sondern auch konkreter Haftung für Schäden, die sie anrichten kann.

(In einer Tagung der Ev.Akademie Loccum wurde der Vorschlag gemacht, den Ökonomen für jeden Prozentpunkt Arbeitslosigkeit die Gehälter um 10% von der Ausgangsbasis zu kürzen. Eine solche Rückkoppelung der Wirkung an die Verursacher ist bei den Notenbankleitern viel sinnvoller, weil die Verursacher und ihre Wirkung eindeutiger identifizierbar sind und dieses sowohl in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, wie auch in Bezug der Geldwertstabilität. Und da die Deflation volkswirtschaftlich verheerender ist als die schleichende Inflation, müßten hier die Gehaltskürzungssätze auch höher liegen. Eine solche Rückkoppelung empfiehlt sich für alle denkbaren Modelle für Notenbankverfassungen. Sollte unter diesen Bedingungen bei einem bestimmten Modell niemand mehr bereit sein, die haftungsverbundene Leitung zu

übernehmen, dann haben wir es mit Gewißheit mit einem untauglichen Modell zu tun.)

Zur Lösung B):

Rechtlich und demokratisch wäre es auch eine saubere Lösung die Notenbank zu einem Bundesministerium zu machen. Die Probleme liegen hier in der Begehrlichkeit der Politik, unter dem Druck, Wahlen gewinnen zu wollen, ist die Gefahr zu groß, ohne Rücksicht auf die Geldwertstabilität, über die Notenpresse Wahlgeschenke zu finanzieren. (Siehe Zitate zur Ein-stimmung Nr. 4)

Zur Lösung C)

Dieses Modell halte ich für demokratisch legitim, sachlich richtig und politisch für wünsch-bar. Es strapaziert nicht das Instrument demokratischer Wahlen, läßt keinen Platz für Dema-gogie, erlaubt Kontinuität und ermöglicht eine Reduzierung des organisatorischen Aufwandes und der Kosten der Notenbanken. Voraussetzung dieses Modells ist aber, daß die in der realen Währungspolitik und in der offiziellen Volkswirtschaftslehre vorhandenen Theoriedefizite ausgeglichen werden.

Ohne die entsprechen Verträge vor mir liegen zu haben, urteile ich heute wie folgt:

Wir sind in Bezug auf ein klare, saubere staatsrechtliche und demokratisch vertretbare Verfassung der Notenbank trotz Wechsel unser Währung Von DM zum € nicht weiter ge- kommen. Das liegt nicht nur daran, daß für Verfassungsfragen ein zu geringes öffentliches In- teresse vorliegt, sondern auch daran, daß das freiwirtschaftliche Wissen noch nicht Allgemein- gut ist.

Die andere Irritation kommt dadurch, daß immer mal wieder behauptet wird, daß der Zins da- durch in die Welt gekommen ist, weil die Notenbanken ihr Geld gegen Zins verleihen. Dieser Gedanke entspringt nicht freiwirtschaftlichen Lehre, sondern kommt aus einer anderen Schule. Wäre diese Aussage richtig, verlöre die konkurrierende Aussage, der Zins ist das Ergebnis der Überlegenheit des Geldes über die Ware, falsch. In der Tat ist es für das Zinsni- veau unerheblich, ob die Notenbank das zusätzlich benötigte Geld über verzinsliche Kredite in den Umlauf gibt oder es sie es über eine Stadt aus dem Hubschrauber abwirft. Helmut Creutz hat häufig genug auf das Verhältnis der Summen von Notenbankenkrediten zu dem der Geschäftsbanken hingewiesen. Auch das Verhältnis der zinsfreien Ausgabe von Geld durch die Zentralbank zu den verzinslich ausgegebenen Mengen lassen keine anderen Schlüsse zu.

In einer Situation, in der es ein umlaufgesichertes Geld gibt, muß die Notenbank für zusätzli- ches Geld sogar einen Zins verlangen, der deutlich über den Marktzinssatz liegt, damit erst be- reits ausgebenes Geld möglichst voll in die Zirkulation kommt (Walker)

Das alles besagt aber nicht, daß die Art der Notenausgabe tabu ist. Auch hier ist es wünschenswert, wenn ein Optimierungsdruck erhalten bleibt. Ausgeschlossen ist dadurch auch nicht die Frage, ob die Notenausgabe nicht in völliger abstrakter, virtueller Form vorgenommen werden solle. (Diese virtuelle Geld ist aber strikt von dem sogenannten Giralgeld zu unterscheiden.) Um hier Neugierde zu wecken zitiere ich aus dem Anhang „'Bargeldloser' Verkehr“ der NWO, Ausgabe 1949. Ich glaube, Karl Walker, der hier als Herausgeber fungiert, hat den Beitrag falsch verstanden. Gesell verhandelt hier nicht das Giralgeld.

Für viele verwirrend ist heute noch die Frage, wie man bei vollkommen durchgeführtem bargeldlosem Verkehr sich solch vermeintliches *unkörperliches* Geld, reines Zahlungsgeld und die dazugehörige Preisbildung vorzustellen habe. Manche sprechen hier von einem vollkommenen Abstrakt. Die Mark als greifbare Ware in Gestalt von Münzen oder Banknoten, sei nicht mehr da. Das, was als Geld dort in den Büchern stehe, sei vollkommen entstofflicht, abstrakte Größe. Wie aber kann man mit einem Abstrakt Handel treiben, feilschen, wuchern, kurz alles das tun, was heute bestimmend auf die Preisgestaltung zu wirken pflegt? Auch hätte man aus den Konten der bargeldlosen Zentrale das Wort „Mark“ als überflüssig gestrichen. Im Scheck begnüge man sich, eine Zahl anzugeben. „Dem Konto A sind 150 zu belasten.“ Eine Zahl, deren Einheit in keinem konkreten Gegenstand dargestellt sei! Und für diese entseelte Zahl könne man alle Kostbarkeiten des Marktes, im Handel und Streit erstehen. Unheimlich!

Um eine Sache dem menschlichen Begriffe zu erschließen, muß sie in Raum und Zeit darstellbar sein. Der bargeldlose Handel wirkt vexierend, nur weil wir ihn in Raum und Zeit nicht zu lokalisieren vermögen. Solange das nicht gelingt, steht natürlich der Geist wie der Ochs vor dem Berge. Machen wir uns ein klares Bild von diesem sogenannten bargeldlosen Verkehr. Wir nehmen den einfachsten Fall an für die Durchführung des bargeldlosen Verkehrs, den Fall, daß die Reichsbank ihre sämtlichen Noten restlos einzieht und verbrennt und jedem für den Betrag der abgelieferten Noten ein Konto eröffnet. Dann ist der Gesamtbetrag der Konten gleich dem gesamten Notenumlauf. Die Reichsbank zertrümmert die Notenpresse. Dafür geht jetzt das Recht der Notenausgabe (Schecknoten) auf die Konteninhaber über, die, es im Rahmen ihres Guthabens ausüben. Das frühere Notenmonopol ist aufgeteilt, kontingentiert, auf das Publikum übertragen. Doch ist es immer noch *Monopol der Reichsbank*, ohne deren Einwilligung der Gesamtbetrag der Konten nie um eine Einheit zu- oder abnehmen kann. Im Grunde ist es aber nur eine Erweiterung des heutigen Zustandes. Denn heute ist das Notenrecht auch kontingentiert. Die süddeutschen Staatsbanken teilen sich darein mit der Reichsbank. Zu diesen süddeutschen Banken treten jetzt sämtliche Inhaber von Reichsbankkonten. Aber das Gesamtemissionsrecht dieser Konten ist nicht größer als der Betrag der bis dahin umlaufenden Noten. Daß man die Noten der Konteninhaber Schecks und nicht Banknoten nennt, ist ohne Belang. Die Banknote ist ja nichts anderes als ein Bankscheck.

Ich selber bin eindeutig gegen eine solche Form des Geldes, nicht weil sie technisch nicht machbar ist und auch bin ich nicht dagegen, weil sie scheinbar den Giralgeldtheoretikern

recht gibt, sondern weil mit ihr der totale Überwachungsstaat noch leichter realisierbar ist. Kein Zahlungsvorgang wäre mehr ohne schriftliche Erfassung auf einem Bankkonto möglich. Das als faschistisch zu wertende Einsichtsrecht auf die Konten der Bürger haben sich unsere „Demokraten“ schon heute gesichert.

9. Das konkurrierende Geld / Wirkung des Regiogeldes

In diesem Abschnitt will ich nur auf ein Problem hinweisen, es aber nicht ausführlich darstellen. Wenn das Geld seinen Wert durch seine Funktion und nicht durch seinen Stoffwert erhält, also sein Preis (ausgedrückt in Ware) durch die umlaufende Menge im Verhältnis zu den Gütern, die im Markt sind, bestimmt wird, dann müssen konkurrierende Währungen, deren mengenmäßige Begrenzungen nicht einer Zentrale obliegt, sich gegenseitig stören. Das Modell der konkurrierenden Währungen ist nun ein Lieblingsgedanke mancher Liberaler und Anarchisten. Jörn Zube aus Australien (Sohn des verstorbenen Kurt Zube, der viel zu Tauschringen gearbeitet hat) vertritt diese Idee im Anschluß an Hayek⁹ mit einiger Nachhaltigkeit.

Ich selber konnte dazu unter dem Titel „Argumente gegen das Modell der konkurrierenden Währungen – vom Vor- und Nachteil der Aktionen im Währungsbereich“ in *espero* 2/3 vom April 1995 veröffentlichen.¹⁰

Das Problem ist damit aber nicht gelöst, denn wenn die Regio-Währungen ausgebaut und funktionsfähig werden, haben sie den Status der konkurrierenden Währungen. Wir können sie dann – wenn wir die Quantitätstheorie des Geldes für richtig halten – gegenüber dem Monopolspruch der Zentralbank nur verteidigen, wenn letztere nicht willens ist, die €-Währung so auszustatten, daß sie voll funktionsfähig ist. Es wäre bei einem so begründeten Widerstand

9 **Hayek**, Friedrich August von, britischer Volkswirtschaftler österreichischer Herkunft, *Wien 8.5. 1899, †Freiburg im Breisgau 23.3. 1992; 1927†31 Direktor des von ihm gegründeten Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1931†50 Professor an der London School of Economics, 1950†62 in Chicago, 1962†68 in Freiburg im Breisgau; Vertreter des Neoliberalismus und Verfechter einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Hayek ist Mitbegründer der Mont Pèlerin Society und erhielt 1974 (zusammen mit G. Myrdal) den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Werke: Der Weg zur Knechtschaft (1944); Individualismus und wirtschaftliche Ordnung (1948); Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (1963); Recht, Gesetzgebung und Freiheit, 3 Bände (1973†79).

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

10 Ich habe diesen Beitrag auch in den Anhang einer meiner Arbeiten gestellt, weiß im Moment aber nicht in welcher.

ein Akt des zivilen Ungehorsams gegenüber staatlicher Macht. Dieser Fall will rechtlich vorbereitet und geldtheoretisch vorher geklärt sein. Das Wunder von Wörgl darf sich nicht noch einmal in ein Kuschen von Wörgl wandeln. Der eine Herr aus Braunau genügt. Die Unsicherheit, die von diesem Komplex auf die Vertretung von Freiwirtschaft ausgeht, muß durch die Klärung beendet werden. Geklärt werden kann dieser Komplex aber nicht von einem Schreiber wie mich, weil es eine kollektive Aufgabe ist.

10. Jedem nach seinem Bedürfnis, jedem nach seiner Fähigkeit

Jedem nach seinem Bedürfnis, jedem nach seiner Fähigkeit (oder anders herum) ist wohl eine Aussage des Marxismus. Auf der Titelseite des CGW-Rundbriefes 03/3 wird ein Poster vom Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin wieder gegeben. Da ist der gleiche Inhalt mit den Worten zu lesen: „Jeder gibt, soviel er kann: Jeder nimmt, soviel er braucht.“

Das hört sich gut an, ist aber nur unter der Bedingung akzeptabel, daß die Entnahme an die Fähigkeit und den Willen gekoppelt ist, dem Korb entsprechendes hinzuzufügen. Letzteres wäre dann aber eine marktwirtschaftliche Variante des Spruchs. In der Familie können wir aufgrund der größeren sozialen Kontrolle nach dem marxistischem oder christlichen „Gebot“ verfahren. Würden wir das Prinzip aber generell anwenden, würde sich das einstellen, was ich den Kühlschranksocialismus nenne. Jeder bedient sich ohne Hemmungen und überläßt das Auffüllen anderen. Die Erfahrung lehrt, daß bald alle Mangel leiden.

Wenn der Mensch ein Geschöpf Gottes ist, dann sollen wir ihn (das heißt uns) so hinnehmen wie er (wir) geschaffen wurde (sind). Wir werden nur noch minimal von unseren Instinkten gesteuert, aber vorwiegend von sozialen Normen und Leitideen. Aber bei allem Handeln bleiben wir ichbezogen. Wir können unseren Egoismus kultivieren und ihn dann Altruismus nennen. Wir können uns aber nicht von uns selbst lösen. Wäre es anders wären wir eine lebensunfähige Fehlschöpfung. Vielleicht wären wir noch lebensfähig, wenn wir uns zu einem willenlosen Hampelmann eines anderen Menschen machen könnten und uns nur nach dessen Willen bewegen würden. Aber schon beim Hinzutritt eines weiteren Menschen würde es uns zerreißten. Folglich hat es seinen Sinn, wenn wir danach streben uns selber Gutes zu tun. Wir dürfen dabei darauf vertrauen, daß wir als Egoisten unseren Egoismus wirklich nur dann befriedigen können, wenn wir die Bedürfnisse der Menschen, denen wir uns durch irgend ein Band verbunden fühlen, ebenfalls teilweise oder ganz mit erfüllen.

„Geben ist seliger als nehmen!“ Diese Erfahrung hat wohl schon jeder gemacht und die Fähigkeit und die Voraussetzungen zum Geben sollten wir uns alle schaffen und erhalten. Wir sollten aber nie die Ebene des Schenkens und Beschenktseins mit der Ebene des ökonomischen Veräußern und Erwerbens verwechseln. Machen wir es, dann ist der Bankrott und der Hunger gewiß.

Wir können mit Paul Lafargue (dem Schwiegersohn Marxens), wie er in „Das Recht auf Faulheit“ formuliert, sicher unsere Erwerbsarbeit auf drei Stunden pro Tag, oder - wie ich in einem Text von Oswald von Nell-Breuning las auf zwei Stunden pro Tag - bei allgemeinem Wohlstand verringern, aber für die reduzierte Zeit wird weiter gelten: „Du sollst im Schweiß deines Angesichts, dein Brot verdienen.“ (Der Schweiß kann dabei auch der schmerzende Rücken sein.)

Die Freiwirtschaft kann den Leidensdruck, den die Erwerbsarbeit – verstärkt durch christliche Ethik und den Marxismus - verursacht hat und auch weiterhin verursacht, wesentlich mindern aber nicht ganz aufheben. Bei aller denkbaren Entwicklung, werden wir sicher nicht den Zustand erreichen, wo uns ohne Anstrengung die gebratenen Tauben in den Hals fliegen.

In der Schlußbetrachtung von „Der Marxismus – Lehre – Wirkung – Kritik“, 1963, von Walter Theimer heißt es:

„Marxismus heißt Disziplin. In Westeuropa ist die Unterdrückung wilder, putschistischer Bewegungen zugunsten einer organisierten und disziplinierten Arbeiterpolitik ein historisches Verdienst des Marxismus. Auch im Osten siegte der Marxismus durch seine strenge Disziplin, zu deren Gunsten er sein demokratisches Element über Bord warf. Der Russe Bakunin hatte Marx wegen seiner Betonung der Disziplin einen «Preußen» und «typischen Deutschen» genannt. Die bolschewistische Disziplin wäre allerdings wohl auch für Marx zuviel gewesen.“ (S. 169)

Und vorher bei Theimer zu lesen:

DIE ANFÄNGE DES KAPITALISMUS. Den Einfluß des Christentums auf die Entstehung des Kapitalismus haben interessanterweise nur nicht-marxistische, sei es auch von Marx angeregte Autoren untersucht. Max Weber z. B. hat (wenn auch nicht unbestritten) dargelegt, daß die christ-

lichen Gedanken, namentlich in ihrer protestantischen Form, keineswegs nur die Rolle eines «Überbaues» spielten, sondern unter die Ursachen der modernen wirtschaftlichen Entwicklung zu zählen sind. Ohne die christliche Lehre vom frei handelnden und verantwortlichen Menschen, im besonderen ohne die Ausprägung, die sie im protestantischen Persönlichkeitsbegriff und in der protestantischen Ethik erhielt, hätte sich das Unternehmertum nicht ausgebildet. Der materielle Unterbau folgte dem sog. ideologischen Überbau, statt ihm voranzugehen. Der Marxismus nimmt an, daß zunächst bestimmte materielle Umstände gegeben seien, denen der Mensch sich bei seinen wirtschaftlichen Schritten sodann, ideelle Rationalisierung stammelnd, anpasse. Er überspringt auch hier den Punkt des menschlichen Entschlusses, des Willensaktes, der dazwischenliegt - weil in seinem deterministischen System für Willensakte kein Platz ist. Auch die Begründer des Kapitalismus hatten einen Entschluß zu fassen, nämlich den, die Statik und Sicherheit des Zunftwesens mit der Dynamik und den Risiken der Unternehmerwirtschaft zu vertauschen. (S. 76)

Die letzte Aussage kann man natürlich auch im Originaltext überprüfen. Im vorigen Jahr hat Dirk Kaesler „Max Weber / Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ mit einer Einleitung herausgebracht. Von der CGW wäre herauszuarbeiten, daß diese protestantische Ethik unter freiwirtschaftlichen Bedingungen zu einem ganz andern Ergebnis geführt hätte und in Zukunft führen kann.

Aber eine von der NWO inspirierte christlich-gerechte Wirtschaftsordnung kann den Leistungswettbewerb nicht ausschalten wollen, weil sie sonst den Faulheitswettbewerb mit seinen dramatischen Folgen installieren würde.

Bei alle dem geht es nicht um Gesell oder Marx, Keynes oder Friedman usw.. Wir Nachgeborenen dürfen die besondere Neigung zu dem einen oder anderen Vordenker haben. Wir haben aber auch – soweit wir uns als autonome Denker verstehen – die Verpflichtung, jede Ökonomie- oder Gesellschaftsschule nur als Steinbruch für das morgige, hoffentlich bessere, Modelle zu benutzen. Gesell selber ist keine unantastbare Größe, wenn man ihm aber Mängel vorwirft, sollte man diese belegen und nicht nur in seinem gedanklichen Nachlaß vermuten.

Mit Sätzen wie „Lukas macht deutlich und schreibt allen, die sich an Jesu Mahnruf ausrichten wollen, ins Stammbuch: Gemeinschaftsinteresse steht über Profitinteressen!“¹¹ sollten wir

11 Christoph Körner in „Feindesliebe im Wirtschaftsleben“ in CGW-Rundbrief 04/1.

vorsichtig umgehen. Wenn „Profitinteressen“ in einem solchen Satz nicht eindeutig als Kapitalertrag definiert sind, umfaßt es auch „Eigeninteressen des Individuums“. Wir sind dann schnell bei der Aussage: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“ Auch wenn die Freiwirtschaft davon ausgeht, daß der Mensch ein auf die Gesellschaft bezogenes Wesen ist, so ist sie doch eine Lehre, die davon ausgeht – wie weiter oben schon mit anderen Worten zum Liberalismus gesagt -, daß das Wohl der Gemeinschaft nur über das Wohl des Einzelmenschen zu erreichen ist und nicht umgekehrt.

11. Fremdinformationen

Diesen Abschnitt hoffe ich möglichst kurz abhandeln zu können. Es geht mir um folgendes:

a) In den vergangenen Jahrzehnten haben wir uns jede Gelegenheit genutzt, um unser freiwirtschaftliches Blättchen, eine Schrift oder einen Wortbeitrag unterzubringen. Wir waren den Verhaltern von Tagungen und Kundgebungen immer im Stillen dankbar, wenn sie uns haben dies tun lassen, statt es zu unterbinden oder uns raus zuwerfen.

b) Jede Teilnahme an einer Tagung etc. ist mit einem nicht geringen Maß an Einsatz, finanzieller, psychischer und körperlicher Art verbunden. Die Leute, die da kommen, kommen selten der Unterhaltung wegen, sondern sie hoffen dadurch in ihrer eigenen Arbeit gefördert zu werden. Viele von ihnen haben keine Gelegenheit, ihre schriftlichen Darlegungen in freiwirtschaftlichen oder anderen Zeitschriften zu veröffentlichen. Manche Teilnehmer befassen sich auch mit Themen die nicht unmittelbar etwas mit Freiwirtschaft zu tun haben.

Von einer gelungenen Veranstaltung kann man darum erst dann sprechen, wenn die Teilnehmer nicht nur neue Informationen aufnehmen konnten, sondern dann, wenn möglichst viele Teilnehmer, das weiterreichen konnten, was sie selbst mitgebracht haben, wenn sie sich im ungeplanten Teil der Tagung austauschen konnten.

c) Es hat sicher Zeiten gegeben, in der um einen soliden Anstrich von freiwirtschaftlichen Veranstaltungen gerungen wurde, wo ein unter b) beschriebene Bedürfnisse ins Kraut schoß. Dies hat dazu geführt, daß auf den Einladungen zu den Mündener Gesprächen dann steht:

„Buch und Schriftenpräsentation nur mit Zustimmung des Tagungsleiters“. Diese Maßnahme, die die Qualität der Tagungen steigern soll, ist nach meiner Einsicht ein Qualitätsminderung und widerspricht dem freiheitlichen Geist unserer Botschaft. Ich wünsche mir, daß künftig auf den Einladungen steht: „Der Veranstalter bietet auf einen Tisch entgeltliche und unentgeltliche zusätzliche Informationen an. Auf einen weiteren Tisch können die Tagungsteilnehmer in eigener Verantwortung Informationen auslegen.“ (Das wäre keine Neuerung im Tagungsgeschäft, sondern ein realisierter Nachholbedarf.)

12. Political Correctnes in der Freiwirtschaft

Das Lexicon sagt über diesen Begriff folgendes aus:

Political Correctness

[pô'lêtêkl kù'reknês; englisch »politische Korrektheit«] *die*, Abkürzung **PC**, Anfang der 1990er-Jahre an den Universitäten der USA geprägt, umstrittener Begriff für eine »richtige« Einstellung, die alle Handlungen und Ausdrucksweisen ablehnt, die Personen aufgrund ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht, ihrer körperlichen oder geistigen Behinderung oder ihrer sexuellen Neigung diskriminieren. Anhänger der Political Correctness verstehen sich dabei vielfach als *die* Vertreter eines »politisch korrekten« Sprachgebrauchs, was oft mit einer intoleranten Haltung gegenüber anderen in Politik, Medien, Kunst und öffentlichen Leben gebrauchten Sprach- und Bildmustern (z.ÿB. »Neger«) verbunden ist.ÿp Im Hinblick auf die Unschärfe des Begriffs und seiner Inhalte wird PC von Kritikern als Mittel gesellschaftlicher Zensur abgelehnt.

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Was vermutlich einmal als humanitäres Anliegen gedacht war, ist heute zum Teil eine giftige Plage geworden, weil es Denkverbote produziert und als Mittel benutzt wird Andersdenkende ins Aus zu stellen. Selbstverständlich ist es nicht egal was denken und sagen. Unser Denken hat Einfluß auf unser Handeln, und daß, was wir sagen kann Menschen in den Himmel heben oder die Hölle stoßen. Aber die richtige Tonlage, das richtige Vokabular zu finden, ist eine Angelegenheit des Individuums und nicht des Kollektivs. Wozu hier diese Anmerkungen? Es geht natürlich um die Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung in und außerhalb der Freiwirtschaft, es geht um auch um Einschluß und Ausschluß von Personen und Gruppen aus den freiwirtschaftlichen Zusammenhängen. Es geht um das verdammte Links-Rechts-Schema, daß auch den Grünen in der Gründungszeit Kummer bereitete. Damals einigte man sich darauf,

daß man nicht links und nicht rechts sei, sondern vorne. Das dauerte aber nur so lange bis die halb- und ganz Linken die Mehrheit hatten.

Vorweg: Wir Menschen sind zum Handel verurteilt, ohne daß wir die Folgen unseres Handels genau vorher bestimmen können. Ob wir nach unserem Abgang von Mitgliedern der Gesellschaft oder eines Vereines als Helden oder Schurken gehandelt werden, bleibt uns in der Regel auch verschlossen. In der jetzigen Zeit macht es sich natürlich besser, wenn ein freiwirtschaftlicher Mensch Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet hat, als wenn er die Lage so eingeschätzt hat, daß er glaubte bei und mit den Nazis etwas bewegen zu können. Aber wie hätten wir uns in einer solchen Situation verhalten? Ich bin überzeugt davon, daß weit über 50% der Menschen, die sich heute in der Politik tummeln, in der Situation, in der die Menschen in der Vornazizeit standen, sich bei den Nationalsozialisten eingereiht hätten. Der zweitgrößte Anteil hätte sich still zurückgezogen und keine 2% der heutigen Politikerkaste hätte das Format zum Widerstand gehabt.

Es bleibt aber neben dem Heldenhaften das Versagen der Freiwirtschaft in der Vornazizeit bestehen. Wir müssen aber daneben unser Versagen in der Nachkriegszeit stellen. In dieser Zeit ist ein vielfaches an Menschen wegen Hunger und Krieg aufgrund falscher ökonomischer Rahmenbedingungen verreckt. Auch hier können wir einen zähen Kampf für die bessere Lösung verzeichnen, aber eben auch das große Versagen. Wir wollten ohne persönliches, wirkliches Risiko die Welt verbessern. Wieviel Energie haben wir in kleinkarriertem Zank verschlissen. Wir sind nicht besser als die Freundinnen und Freunde in der Weimarer Zeit. Also sollten wir uns mit dem Verurteilen zurück halten, damit wir uns die Zurückhaltung unserer Nachgeborenen uns gegenüber verdienen.

Wer nun auf andere mit dem Finger zeigt und sagt, der ist links oder gar linksextrem oder der ist rechts oder rechtsextrem und glaubt, dieses von einem erhöhtem Podest der Mitte tun zu können glaubt, der ist auf dem Holzweg. Es gibt keinen Ort der politischen Seligkeit. In der Geschichte führen alle denkbaren politischen Wege zum Galgenberg.

Der Mensch will nur in einem krankhaften Zustand Böses. Das Böse folgt meistens aus falschen Vorstellungen oder der „guten Tat“. Falsche Vorstellungen sind das Ergebnis falschen Denkens. Für das richtige Denken gibt es aber keinen unfehlbaren Weg.

Ein wichtiger Lehrer für mich war Pastor Wilhelm Mensching, der einst das Internationale Freundschaftsheim gründete und lange führte. Er lehrte, daß Gott in jedem Menschen wohne, auch in dem Verbrecher. Wir hätten das Gute im Menschen zu suchen, also auch in dem Linken, dem Rechten und dem Laumann in der Mitte.

Wenn die Schuld betrachten, die Deutschland auf sich geladen hat, dann dürfen wir wohl vergleichen, nicht um die Schuld zu verniedlichen, sondern um uns in der Schuld noch als Menschen wieder zu erkennen. Eine unendlich große Schuld ist nicht begreifbar und muß von den Menschen verdrängt oder geleugnet werden, wenn sie weiterleben wollen. Relativieren ist nicht verharmlosen, sondern ins Verhältnis setzen. Bei Gesell heißt es an einer Stelle, daß alles Denken auf Vergleichen hinausläuft. Bei dem Juden Norman G. Finkelstein läuft das in seinem Buch „Die Holocaust-Industrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“, 2001, auf folgendes hinaus:

Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung. Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte immer Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen. Doch wenn man moralisch zwischen »unseren« und den Leiden »jener« unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. »Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen«, erklärte Plato, »und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere.« Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer.

Finkelstein leitet sein Buch wie folgt ein:

Dieses Buch ist eine Anatomie der Holocaust-Industrie und zugleich eine Anklage gegen sie. Auf den folgenden Seiten werde ich darlegen, daß DER HOLOCAUST (zur Schreibweise s. Anm. 1) eine von Ideologie geprägte Darstellung der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist. Wie alle Ideologien ist sie, wenn auch schwach, mit der Wirklichkeit verbunden. DER HOLOCAUST ist kein willkürlich zusammengestelltes, sondern vielmehr ein in sich stimmiges Konstrukt. Seine zentralen Dogmen stützen wichtige politische und Klasseninteressen. Tatsächlich hat DER HOLO-

CAUST sich als unentbehrliche ideologische Waffe erwiesen. Durch deren Einsatz hat eine der stärksten Militärmächte der Welt mit einer erschreckenden Menschenrechtsbilanz sich in die Rolle eines »Opfer«-Staates versetzt, und ebenso hat die erfolgreichste ethnische Gruppe der Vereinigten Staaten sich einen Opferstatus zugelegt. Aus dieser scheinbar bestechenden Opferrolle erwachsen beträchtliche Dividenden - insbesondere die Immunität gegenüber Kritik, wie berechtigt sie auch sei. Ich könnte hinzufügen, daß jene, die sich dieser Immunität erfreuen, der damit üblicherweise verbundenen moralischen Korrumpierung nicht entkommen sind.

Wir müssen also nicht nur mit der Schuld unserer Vorgängergenerationen fertig werden, sondern auch mit der Ausbeutung dieser Schuld und der Schuld die durch die Art der Wiedergutmachung zu Gunsten der Juden gegenüber den Palästinensern entstanden ist. Außerdem ist die nationale Selbstkasteiung (der Nationalismus mit einem negativen Vorzeichen) der Nährboden für den Rechtsradikalismus. Die politische Aufteilung der kriegsteilnehmenden Staaten in eindeutig Opfer und eindeutig Täter (wobei Deutschland die Täterrolle zu übernehmen hatte) hat allen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg eine Handlungssicherheit gegeben. Es war sozusagen eine Medizin, die half das Nachkriegschaos zu überwinden. Die Wirkung dieser Medizin hat sich abgenutzt. Was nun?

Natürlich können die freiwirtschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen nicht alles ohne Widerspruch hinnehmen, was zum Thema Vergangenheitsbewältigung gesagt wird. Aber auch hier taugt das Links-Rechts-Schema nichts. Die Menschen sind in ihren Einstellungen und Wertungen nicht durchgängig links oder rechts, progressiv oder konservativ. Die Gemengelage in der Gesellschaft wiederholt sich in den einzelnen Personen. Es gibt nur Schwerpunkte. Was zu kritisieren ist, muß punktgenau kritisiert werden und in einer Form, daß der Kritisierte damit leben kann.

Für viele von uns ist die Humanwirtschafts Partei (vorher FSU) ein schwer verdaulicher Brocken. Es ist nun aber völlig verrückt, von einer Partei, sich von den Sünden verblichener Mitglieder zu distanzieren. Wir lassen uns heute sogar von der SPD regieren, einer Partei, die zwar auch Opfer der Nationalsozialisten war, aber maßgeblich die Deutschen durch ihre ideologische Verbortheit Hitler in die Arme getrieben hat. Zu dieser Schuld bekennen sie sich nicht. Würden sie daraufhin angesprochen, würden sie es leugnen.

Ich selber habe mich viel an Hans Schumann gerieben und habe versucht, durch die Gründung der Liberal Sozialen Partei der FSU eine Alternative gegenüber zu setzen. Wir haben 1967 die Anerkennung der DDR als Staat durch die BRD gefordert. Schumann hat mit der FSU wahrscheinlich das Gegenteil gefordert. Schumann hat aber auch eine andere Biographie als ich. Wenn ich von den Kommunisten von Haus- und Hof getrieben worden wäre, hätte ich die Forderung der LSP wahrscheinlich auch nicht unterschrieben. In die Politik fließen viele persönliche Erfahrungen und Haltungen ein.¹² Diese sind mit dem Links-Rechts-Schema nur schwer zu fassen.

Wir reiben uns manchmal unvermeidbar aneinander. Wir sollten das nicht nur negativ sehen. Wenn wir den Reibungsschmerz fühlen, wissen wir, daß wir noch leben, daß wir nicht abgestumpft sind.

Mich stört die Humanwirtschaftspartei a) weil ich die Parteien generell als überholte politische Instrumente betrachte, b) weil der Existenzberechtigungsnachweis für die HW den Menschen, die sie tragen viel zu viel Kraft kostet, c) weil diese Energie ohne Parteienbremslast in einer anderen Organisation viel effektiver genutzt werden könnte und d) weil die Partei als Herausgeber für die Zeitschrift *Humanwirtschaft* ein Hemmschuh ist. Auch wenn wir alle im freiwirtschaftlichen Verbund aufeinander Rücksicht nehmen sollten, um die Gesamtwirkung zu steigern, wir können aber alle nur nach der eigenen Einsicht handeln. Und für uns alle gilt eben auch: „Wer zu spät (mit seinen Einsichten) kommt, den straft das Leben.“

13. Schluß und die Folgerung

Stellen wir uns vor einer von uns käme durch irgendwelche Umstände in die mit Macht ausgestattete Rolle des Gesellschaftsgestalters. Könnten wir die Freiwirtschaft die Beraterrolle übertragen? Ich denke in dem Zustand, in dem sie steckt, würden der Betreffende sich einen schlechten Dienst erweisen. Ich bin in einem Alter, wo man sich in eine solche Rolle nicht mehr hineinräumt. Ich habe aber überlegt, wenn ..., was würde ich zu erst machen. Ich würde nicht zu erst mit der Boden- und Geldreform anfangen, sondern dem Volk erst einmal zu seinem Verfassungsgebungsrecht verhelfen. Auch um die Gefahr hin, daß die NWO dann erst

¹² Wenn der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Ostpreuße oder Schlesier gewesen wäre, hätte es die BRD in der historischen Form vermutlich nicht gegeben.

100 Jahre später eingeführt wird. Wo für würdest Du, der diese Zeilen gerade liest, Dich entscheiden?

Das ist es, was ich zu sagen hatte.

Tristan Abromeit

Anhang I zu Ziffer 12.

Aus CGW-Rundbrief 01/1 – März 2001

Wo ist eigentlich links und rechts?

Über die Schwierigkeiten der politischen Standort-Bestimmung bei der Abgrenzung von "rechten Tendenzen"

Der Aufforderung, sich an den Diskussionen zu beteiligen, möchte ich hiermit folgen und meine Ansicht mitteilen.

Die Sorge um "rechte Tendenzen" werden nicht nur in der erstmals zugesandten ALTERNATIVE 2000 geäußert, sondern beschäftigen die CGW schon seit längerem.

Dazu meine Ansichten:

Ich bin auch dafür, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als würden wir diese Richtung unterstützen oder gar vertreten. Es ist aber auch falsch, jede Person, bei der irgend jemand "rechte Tendenzen" zu erkennen glaubt, zu verurteilen und ihr allein deshalb jede lautere Absicht von vornherein abzusprechen, daneben aber jede "linke Tendenz" zu kultivieren.

Menschen, die unter dem linken Terror ihr Leben (ca. 50 Mill.), ihr Hab und Gut oder ihre Freiheit verloren haben, sind nicht weniger wert als diejenigen, die dieses Schicksal durch rechten Terror erleiden mussten.

Es ist auch falsch zu meinen, dass Erkenntnisse über die bestehenden wirtschaftlichen und geldpolitischen Verhältnisse und deren negative Folgen, aber auch die Lösungsmöglichkeiten nur Personen gestattet ist, denen jegliche als "rechtslastig" beurteilte Ansichten fremd sind. Wir werden uns damit abfinden müssen, dass auch dieser Personenkreis zu den gleichen oder ähnlichen Ergebnissen und Lösungsansätzen kommt, bzw. kommen muss.

Ist der linkslastige Mensch wirklich so viel besser als der rechtslastige? Wir sollten nicht den Fehler machen, eine Spaltung der Menschen mit zu betreiben. Anders sieht es bei der gewaltsamen Unterdrückung der Meinung Anderer aus, dies ist immer zu verurteilen. Dabei kommt es nicht allein auf die Art der Gewaltausübung an, ob nur verbal oder mit Fäusten spielt dabei nicht die entscheidende Rolle. Jemand, der das Wort beherrscht, kann durchaus stärkere

Verletzungen verursachen, als derjenige, der nur seine Fäuste zu gebrauchen gelernt hat. Beides ist gleichwohl zu verurteilen. Und da müssen einige Leute bei uns aufpassen, dass sie sich nicht in dieser Richtung schuldig machen! Töten heißt auch den Geist, die Seele, die Liebe, den Glauben u.a. zu zerstören.

Gefahren für die Menschheit gingen und gehen auch von sog. "linken Tendenzen" aus, z.B ist es dieser politischen Denkweise zu verdanken, dass gute und lebenswichtige Begriffe wie z.B. Ordnung, Disziplin, Zucht, Pflichtgefühl, Opferbereitschaft usw., weil "rechtslastig", in den sechziger Jahre durch eine von der damaligen SPD-Regierung eingesetzten Kommission bewusst und systematisch aus allen neuen Schulbüchern entfernt wurden, weil sie, was durchaus auch zutrifft, als Herrschaftsinstrument benutzt wurden und benutzt werden könnten. Sie werden nicht einen dieser Begriffe in irgendeinem neuen Schulbuch vor finden! Auch die Liebe wurde und wird in vielfältigster Weise negativ be- u. ausgenutzt. Soll sie deshalb verboten werden? Die negativen Auswirkungen solcher und ähnlicher "linkslastiger" Maßnahmen auf das Wohl unserer Jugend und darüber hinaus auf unsere Gesellschaft darf nicht unterschätzt werden. Wir als Christen sollten uns nicht blauäugig irgendwelchen politischen Strömungen anschließen, auch wenn sie noch so liberal und sozial erscheinen, sondern unabhängig bleiben und in allem das erkannte Gute fördern. In den letzten Rundbriefen ist zwar immer wieder dieser Begriff "rechtslastig" aufgetaucht, aber nirgends ist beschrieben, wann etwas beginnt rechtslastig zu sein. Dies würde mich dringend interessieren. Ich befürchte, aufgrund meiner Ansichten auch dazuzugehören. Ich würde dies sehr bedauern. Nicht, weil ich dadurch einen Schaden hätte, sondern, weil es zur Distanzierung, Abgrenzung und Spaltung kommen und die Wirkung der wichtigen Arbeit an einer gerechten Wirtschaftsordnung geschwächt würde.

Mit freundlichen Grüßen
Herrmann Block

Anhang II zu Ziffer 12.

Eden und Ariertum

Ralf Becker hat sich wie Werner Onken – den ich weiter oben schon zitiert habe - mit dem Aufsatz „Eine andere Welt mit welchem Geld – Über neoliberale Kritik der Globalisierungskritik, unbelehrte Ignoranz und Gesells Lehre von Freigeld und Freiland“ von Elmar Altvater auseinander gesetzt. Diese ausführliche Arbeit habe ich nicht aktuell gelesen, aber als konstruktiv in Erinnerung. Sie wurde veröffentlicht in dem CGW-Rundbrief 04/2 vom Sept. 2004.

Mir geht es hier um einen Satz: **„Dass Gesell in eine Lebensgemeinschaft gezogen ist, die 'deutsches Ariertum' zu ihren Aufnahmekriterien zählte, ist in der Tat befremdlich.“**

Wenn man einen solchen Satz aus der Propaganda des roten Faschismus übernimmt, sollte man den Sachverhalt genau geprüft haben und das Prüfungsergebnis auch mitteilen. Auch wenn diese Forderung in der Satzung gestanden hat, ist noch nichts geklärt. Zu fragen wäre dann, was verstand man damals unter „deutsches Ariertum“ und welches Gewicht hatte diese Bedingung. Ich weiß jetzt nicht, ob der Jude Franz Oppenheimer¹³ und Lehrer von Ludwig

13 **Oppenheimer**, Franz, Volkswirtschaftler und Soziologe, *yBerlin 30.y3. 1864, yLos Angeles 30.y9. 1943, Bruder von Carl Oppenheimer; ursprünglich Arzt; Vertreter eines »liberalen Sozialismus«; sah die

Erhard auch dort gewohnt hat, jedenfalls ist sein Name mit der Siedlung verbunden. Offensichtlich fällt es uns heute schwer, uns vorzustellen, eine Siedlungsgenossenschaft in der Weimarerzeit sei so liberal gewesen, daß sie sehr unterschiedliche Weltanschauen zugelassen hat. Das Material, daß zum Thema Eden – auch von Werner Onken – erarbeitet wurde, sollte auch gelesen werden. Es wurde nicht nur für die Ablage produziert.

Mir ist bei dieser Gelegenheit die Predigt des verstorbenen Bischof Scharf auf dem Kirchentag 1985 wieder eingefallen. Ich wollte mich hier erst mit einem Hinweis begnügen, habe mich aber entschlossen die ganze Geschichte zu erzählen, wie ich sie in meinem Text „Das Boden(un)recht vom Oktober 2000 dargestellt habe. (Auf meiner Internetseite ist es der Text 22) Von Interesse dürfte auch der Hinweis sein, daß auf dem Kirchentag wo Bischof Scharf in seiner Predigt auf die Siedlung Eden bei Oranienburg eingeht, der Vorsitzende der CGW, Roland Geitmann zum ersten Mal Kontakt zu NWO-Gruppen bekam. Ich hatte die Ehre das erste Gespräch zu führen. Weiter ist es eine Gelegenheit an Walter Michel zu erinnern, der für seine Überzeugung lange in Bautzen eingesperrt war.

Ich habe auf Seite 101 von „Das Boden(un)recht“ Friedrich Naumann aus „Die Bodenreform“ von Adolf Damaschke zitiert. Dann fahre ich fort:

Ich persönlich kenne keinen Prediger, der so klar wie Friedrich Naumann das Problem angesprochen hat - wollte ich sagen, dann fiel mir der verstorbene Altbischof D. Kurt Scharf aus Berlin ein und dachte, Prof Johannes Ude hat es auch verdient, mit Ausschnitten aus eigenem Text zu Wort zu kommen.

Mir liegt eine Kopie des Briefes von Scharf vom 21. 2. 1989 an Walter Michel vor. Michel der ebenfalls nicht mehr lebt, hat viele Jahre für seine Überzeugung, die den SED-Herren nicht paßte, im Gefängnis Bautzen gesessen. In dem Brief heißt es:

„Sehr lieber Bruder M i c h e l !

Haben Sie Dank für Ihre Zuschrift! Wie sehr wir einig sind in der Beurteilung unseres Wirtschaftssystems, mögen Sie aus der beigefügten Bibelarbeit erkennen, die ich auf dem Düsseldorf Kirchentag gehalten habe, dem Kirchentag, auf dem Carl-Friedrich v. Weizsäcker eine verbindliche Weltkirchenversammlung gefordert hat, ihren Gliedern den Dienst mit der Waffe zu untersagen! Seitdem finden Kongresse in Vorbereitung auf diese Versammlung in vielen Ländern, auch in der DDR und der BRD statt.

In meiner Bibelarbeit bekenne ich mich zur 'Schwundgeldtheorie' von G e s e l l und zur 'Bodenreform' von D a m a s c h k e . Mir ist so, als hätte ich Ihnen den Text schon einmal gesandt. Dann sei dieser Brief eine Erinnerung daran!

Ursache des sozialen Elends im Monopol am Boden und trat für die Abschaffung des Großgrundbesitzes sowie für Siedlungsgenossenschaften ein. - *Werke*: Der Staat (1907); System der Soziologie, 9 Teile (1922-35). (c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Mit guten Wünschen für Ihr Wirken in u n s e r e m Sinne bin ich Ihr gez. Scharf“

Auf dem Kirchentag 1985 in Düsseldorf, von dem Scharf spricht, habe ich im Markt der Möglichkeiten am gutbesuchten Stand „Geld - Welt - Wirtschaft“ mitgearbeitet. Hier wurden wie selbstverständlich auch Bodenrechtsprobleme thematisiert. Die Mitwirker dieses Standes haben aber nicht nur andere über ihre Themen informiert, sondern - so gut es ging - sich auch über die Anliegen anderer informiert. Bei einem meiner Gänge durch die Hallen und das Freigelände habe ich die Stimme von Bischof Scharf über Lautsprecher vernommen, und zwar die Passage, wo er von Oranienburg sprach. Es kann natürlich sein, daß Scharf mehrfach das Thema aufgegriffen hat.

Wie wichtig die Informationsmärkte auf den Kirchentagen sind, kann man auch an dem Beitrag von Roland Geitmann sehen, der weiter hinten folgt. Hier fand sein erster oder erneuter Kontakt zu einer Bodenrechtsgruppe statt. Die Folge war, daß er heute der Vorsitzende der *Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)* ist. (Kontakt: CGW, Rudeloffweg 12, 14195 Berlin). Prof. Dr. Geitmann ist Hochschullehrer an der Verwaltungshochschule in Kehl.

Nach dem Kirchentag im Juni 1989 in Berlin habe ich versucht, die Kirchentagsleitung zu überzeugen, daß die Themen Mammon und Boden in die Hauptveranstaltungen des Kirchentages gehören und nicht nur in den Markt der Möglichkeiten, in dem eine gewisse Narrenfreiheit herrscht, die für die Leitung keine wirkliche Herausforderung ist. Ich war nicht überzeugend genug oder die Kirchentagsleitungen waren nicht einsichtig genug. Nach vier oder fünf Einsätzen auf Kirchtagen, wollte ich dann nicht mehr der Alibi-Offenheit der Kirche dienen.

Noch eine Anmerkung zum Kirchentag in Berlin: Im Juni 89 habe ich dort gedacht und im kleinen Kreis auch gesagt: „Wenn jemand die Kirchentagsbesucher aus dem Westen veranlassen könnte, nicht nach Hause zu fahren, sondern in der DDR zu verbleiben, dann bricht sie zusammen.“ Die Ereignisse im Herbst 89 haben gezeigt, das es eine realistische Einschätzung war.

Nachfolgend die Bibelarbeit vom Kirchentag in Düsseldorf.

(Ich lasse den Text auf der nächsten Seite beginnen, damit er besser separat kopiert werden kann.)

Die Botschaft der Bibel

Kurt Scharf zu 3. Mose 25, 1-13

ALTBISCHOF D. KURT SCHARF, BERLIN, in der Dietrich-Bonhoeffer-Kirche
(Friedenszentrum Garath):

Als ich als Gemeindepfarrer im April 1933, noch von der »alten Kirchenleitung«, aus der Ackerbürgerstadt Friesack in der Mark nach Oranienburg-Sachsenhausen versetzt wurde, fand ich in Oranienburg nicht nur - am Rande der Stadt - eins der ersten Konzentrationslager vor in einer ehemaligen Brauerei, sondern auch den Ortsteil Oranienburg-Eden, der nach 1918 entstanden war. Das KZ war Symbol der neuen »Herrschaftsstruktur«, der totalen Versklavung des Menschen. Die Siedlung Eden war der Versuch, in einem Modell - zeichenhaft - wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit des Menschen von anonymen oder auch benennbaren Mächten und Personen entgegenzuwirken. Eden war in einer Zeit der Not und des Umbruchs nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden von Anhängern der Bodenreform Adolf Damaschkes, von Silvio Gesell, dem Finanztheoretiker des »Freilandes« und des »Freigeldes«, aber auch von bibelgläubigen Juden und Christen, die die Anweisungen des mosaischen Gesetzes in unserer Gegenwart und unserem Lande verwirklichen wollten. Die Thesen der Bodenreform und des Freilandes richteten sich gegen die Bodenspekulation, gegen die unverdienten Gewinne von Besitzern günstig gelegener Grundstücke und die Verarmung breiter, vom Grundbesitz ausgeschlossener, arbeitender Bevölkerungsgruppen, die Thesen des Freigeldes, des »Schwundgeldes« von Silvio Gesell gegen den Kreditkapitalismus. In der Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Thesen beider in den Parteien und an den Universitäten leidenschaftlich diskutiert. Wir jungen Studenten, gerade auch wir Theologiestudenten drängten auf ihre Verwirklichung. Die Inflation mit ihrem irrsinnigen Tempo der Geldentwertung von Tag zu Tag sprunghaft auf ein Zehntel, ein Hundertstel, ein Tausendstel der Kaufkraft wurde von uns als der ungesteuerte, explosiv-automatische Durchbruch der versäumten »Schwundgeld«-Konzeption Gesells empfunden. Die »Rentenmark«, durch die die Inflation beendet wurde, stützte sich auf den Bodenwert, den die Bodenreform im Blick hatte. Die vom biblischen Denken bestimmten Mitbegründer der Kolonie Eden wagten dies Experiment nicht nur, weil sie es für vernünftig und human hielten, sondern eben, weil sie die Grundregeln dafür als von Gott gegeben ansahen. Das Land in Eden, der Grund und Boden, war Gemeineigentum, gehörte der Gesamtheit der Bewohner. Der einzelne erwarb sein

Grundstück nur in Erbpacht. Über die Aufteilung des Bodens und bestimmte Einrichtungen allgemeiner Wohlfahrt entschied die Versammlung aller Einwohner. Diese Ordnung hat Bestand gehabt. Sie ist Modell geworden für Landreformen in vielen Ländern und Erdteilen. Sie ist auch pervertiert worden. Das Modell selbst in Oranienburg hat das »Dritte Reich« überdauert. Seine Ordnung gilt weiterhin auch heute in der DDR. Ich habe diese persönliche Erfahrung aus meiner Jugend so ausführlich geschildert, um von vornherein zu zeigen: Illusionär sind die Vorschriften unseres Textes nicht. Sie lassen sich modifiziert praktizieren, nach Zeitverhältnissen und örtlichen Gegebenheiten modifiziert. Sie lassen sich vielleicht sogar stärker noch als in Oranienburg-Eden wortgetreu-gebunden an die ursprüngliche biblische Weisung befolgen. Das moderne Israel hat sie - dem Grunde nach - zum Gesetz der neuen Landnahme gemacht.

Entscheidend für eine Verwirklichung ist meines Erachtens das Grundmotiv der Regelung. Die im 3. Buch Mose im 25. Kapitel - und ähnlich im 5. Buch Mose im 15. und im 2. Buch Mose im 23. Kapitel - gebotene Ordnung soll daran erinnern: Herr über den Boden und die Erde, Herr über jeden einzelnen Menschen, über Pflanze und Tier ist allein der, der sie geschaffen hat. Besitz ist Leihgabe. Der Besitzer bleibt dafür dem Grundeigentümer Gott verantwortlich; und: Herrschaft ist übertragene, beauftragte Gewalt, an ihren Auftrag gebundene, durch ihn eingeschränkte Gewalt! Der Auftrag zu herrschen, zu gebieten, zu regieren ist hergeleitet aus dem Wohlwollen, dem Gutmeinen, der vorbehaltlosen, vollkommenen Liebe dessen, von dem alles stammt, was ist. Ob wir für uns anerkennen und ernst nehmen, was vor 2500 Jahren einem einzelnen Volk von seinem Gesetzgeber unter ganz anderen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Bedingungen geboten worden ist, hängt davon ab, ob wir wie die Israeliten an den unsichtbaren Gott, den Schöpfer des Alls, den Herrn über Himmel und Erde, glauben, an den Gott, der uns sich in Jesus Christus mitgeteilt hat, der mit der Schöpfung Geschichte begonnen hat für Natur und Menschheit, das heißt: der ein Geschehen eingeleitet hat, durch das er das Werk seiner Hände in Freiheit vollenden will zu unvorstellbarer Herrlichkeit.

An einen solchen Gott zu glauben ist für den Menschen des wissenschaftlich-technischen Zeitalters der sogenannten Ersten und Zweiten Welt, der Industrieländer der nördlichen Erdhalbkugel, vielleicht schwieriger als für das stärker naturgebundene Volk der Juden vor Jahrtausenden. Tiefe Glaubensschwierigkeiten hatten sie damals nicht anders als wir. Die Not etwa, im Ablauf der Geschichte Gerechtigkeit und Liebe eines allmächtigen Gottes wahrzunehmen, empfanden die Menschen damals nicht weniger als wir heute. Das zeigt nicht nur der Kern des Hiobbuches, die Streitgespräche Hiobs mit seinen Freunden, das zeigen auch die

Psalmen und die prophetischen Bücher des Kanons. Was uns sogenannten modernen Menschen der nördlichen Erdhalbkugel zusätzlich den Blick verstellt, ist das Verständnis von Wissenschaft, das sich in den letzten zwei Jahrhunderten entwickelt hat. Wir sind gläubig geworden an eine wissenschaftliche Forschung, für die es Grenzen nicht gebe und die zu bestimmen vermöge, was wirklich und wahr ist. Sie läßt unter diesem Anspruch allein gelten, was im wiederholbaren Experiment - in der Folge von Ursache und Wirkung - nachweisbar ist. Sie genießt durch die Erfolge der aus ihr entwickelten Technik hohe Autorität. Sie hat ein Weltgefühl, ein Existenzgefühl und -bewußtsein - mit Massenwirkung, als Massenwirklichkeit - geschaffen, das sich einschränkt auf das Sinnlich-Wahrnehmbare. Dies Daseinsempfinden ist mehr als Gläubigkeit. - Über Glaubensgrundlage, Über Glaubensgründe und -be-weise kann man streiten. Ein Grundempfinden entzieht sich der Kontrolle des Nachdenkens. - Das moderne westliche Daseinsgefühl wird bestimmt von dem Eindruck, ja gründet in der Annahme, die Naturwissenschaft, neuerdings zumal die Molekularbiologie, beweise, daß ein Schöpfergott zum Verständnis der Welt und des Seins überflüssig sei. Nur das Wißbare gilt, und wißbar in naher Zukunft sei alles. Für den Durchschnittsmodernen ist die Erkenntnis verlorengegangen, daß mit jeder neuen Entdeckung von bisher Nichtgewußtem der dunkle Raum des Ungewußten, des Unwißbaren sich vor dem Blick des ernstlich Forschenden erwei-tert.

Wissen, vielerlei Einzelzusammenhänge kennen, täuscht hinweg über den Abgrund der un-wißbaren Ursache des Ursprungs. Wissen ist an die Stelle der Weisheit, schon der heidnischen Weisheit getreten, daß die Vorstellungskraft unserer Sinne das Erste, den Ursprung, und das Letzte, das Ziel und Ende des Geschehens, nicht zu erfassen vermag. Der Glaube an den ur-schaffenden Geist, auf den die unfaßliche Vielfalt des Seienden und die Gewalt und Gesetzmäßigkeit neuen Werdens zurückweisen, ist unentbehrlich für die Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Seins, nach der Bedeutung von Leistung und Leid, und der Glaube an Gott den Schöpfer allein gibt Verbindlichkeit für Anweisungen wie die unseres biblischen Textes.

Die Begründung im Gottesglauben liefert die Relevanz für die ökologischen und ökonomischen, die sozialen, wirtschaftlichen, humanen Anordnungen des Sabbat- und des Jubeljahres. Der Glaube an Gott den Schöpfer hat verbindliche Konsequenzen für den Umgang des einzelnen und der Gemeinschaft mit der dem Menschen anvertrauten Natur, den Umgang mit dem Boden, der Pflanze, dem Tier, auch dem Gestein, der Wüste, dem Gebirge, der Wildnis, dem Wasser, der Luft und - den Gestirnen, dem »Sternenzelt«. Der Glaube an den Gott, der seine Schöpfung liebt und der die Liebe, die freie Liebe seiner Geschöpfe sucht, findet Ausdruck, muß Ausdruck finden im Verhalten der Menschen, der Völker und Stände miteinander.

Hat vor Gott jedes Geschöpf und jedes Element der Schöpfung seinen einzigartigen Wert, den er verliehen hat und den er geachtet sehen will, so darf es zerstörende, Würde und Wert des einzelnen zerstörende Abhängigkeit des einen von einem andern nicht geben. Entstehen Abhängigkeiten, so müssen sie begrenzt werden. Die erkennbare, gesetzte, näherrückende Begrenzung entstandener Abhängigkeit verleiht die Kraft, sie zu ertragen. Für den benachteiligten Menschen eröffnet sie die Aussicht auf ihr Ende, auf Befreiung und - im alten Israel - auf Rückkehr in die Hut, den Schutz der ursprünglichen Gemeinschaft, den Ausgangsbesitz, den Schoß der Familie. Für die Umwelt des Menschen, die bearbeitete Erde, auch die in Mitleidenschaft gezogene unbearbeitete Natur bedeutet die Begrenzung des Genutzt-Werdens die Möglichkeit der Regeneration.

Unter den veränderten Lebensbedingungen mit der Umwelt und in der Weltwirtschaft sind die Sabbatruhe der Woche - schon der Woche! - und die des Siebenjahresrhythmus und das Jubeljahr - gewiß der äußeren Form nach verändert - verbindlich zu regeln. In ihrem Sinn und in der beabsichtigten Wirkung sind sie hochaktuell.

Boden, dem die Erzeugnisse zu äußerster Steigerung der Leistung - durch Aufputzmittel »gedopt« - abverlangt werden, liefert Nahrung mit schädlicher Nebenwirkung und wird ausgelaut. Wo das - wie in Brasilien oder Indonesien - großräumig unter Vernichtung der Urnatur, des Urwaldes, der Regenwälder, geschieht, wird er nach wenigen Ernten zur Steppe. Eine Produktwirtschaft, die sich nicht auf Existenzsicherung, kollektive Existenzsicherung, einstellt, sondern die auf vermehrten Reichtum des einzelnen oder einiger weniger ausgerichtet ist, erzeugt - im engeren Bereich - Unnötiges, überflüssigen Stoff und überflüssiges Gerät, vermehrt das Einkommen der Gutsituierten zuungunsten der ohnehin Benachteiligten und blendet das Geschick derer aus, die in der Ferne, in den Elendsgebieten der Erde - auch infolge solcher Fehlinvestierung - verkommen. Die Rache des ausgebeuteten Bodens und das Los der ausgebeuteten Mitmenschen in der Vierten Welt werden schrecklich zurückschlagen auf uns Ausbeuter, wie Gottes Wort es warnend schon vor Jahrtausenden den »Landnehmern« angedroht hat. Erzwungene Arbeitsruhe wachsender Bevölkerungsschichten ist schreckliche, zynische Perversion der Sabbatruhe, zumal sie bei uns weithin mit einem Arbeitseinsatz der Arbeit habenden einhergeht, der die Sabbatruhe verachtet, verschmäht. In nicht wenigen elitären Großfirmen wird um ihres Weltrufs willen auch die Freizeit der in ihnen Beschäftigten von ungeschriebenen Gesetzen zu Ehren des Kollektivs der Firma in Anspruch genommen. Die Folge des hierdurch auferlegten Stresses ist der einkalkulierte vorzeitige Herzinfarkt. Der Wettlauf um den Reichtum hat tödliche Konsequenzen, wie die Weltmissionskonferenz in Melbourne es 1980 ausgesprochen hat, für Arbeitende und für die zur Arbeitslosigkeit Verurteil-

ten, für den einzelnen schon heute und für die Menschheit in naher Zukunft. Auch das Recht des Fremdlings und Beisassen wird in der Sabbatordnung genannt. Das Ausländerproblem ist die Frage an den christlichen Glauben unserer Landsleute, an uns Bundesdeutsche in unserem reichen Land insbesondere, nach der Einheit der Christenheit, der Einheit der Menschheit vor Gott, das heißt nach Gott dem Heiligen Geist und Gott dem Erlöser aller Menschen in der Anwendung auf die Gegenwart.

Wir in unseren Kirchengemeinden, jeder einzelne mit wenigen anderen, können dazu helfen, daß die Würde der Schöpfung, die Würde jedes Geschöpfes dem Umgang der Völker miteinander und der wirtschaftlichen Nutzung der Umwelt, auch der wirtschaftlichen Einordnung des Mitmenschen als Maß vorgegeben wird. Dazu ist nötig, Arbeitskreise zu bilden mit unterschiedlichen Aufträgen, Arbeitskreise, die Informationen sammeln zu den Themen bedrohlicher Entwicklungen, Arbeitskreise, die diese Informationen anbieten und verbreiten und die unter Berufung auf dies Material symbolische Aktionen vorbereiten, um den drohenden Entwicklungen entgegenzuwirken, und Arbeitskreise, die sich benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft in der Nähe und in der Ferne annehmen, im eigenen Dorf und über die Erdteile hin. Ich nenne Beispiele für das, was ich für nötig halte zur Anwendung des biblischen Textes auf unsere Gegenwart:

Bildet in der Gemeinde Gruppen, die sich mit der Umweltproblematik beschäftigen, eine Gruppe, die mahnt, zur Schonung der Umwelt und des Menschen sich als Autofahrer freiwillig an ein Tempolimit zu binden, in Ortschaften nicht schneller als im 30-km-Tempo zu fahren, auf Landstraßen nicht über 80, auf der Autobahn nicht über 100 km! Bildet Gruppen, die Ratschläge geben können, Chemie im Haushalt einzuschränken beim Hausputz, bei der Pflege der Blumen im Fenster, bei der Arbeit im Garten, bei der Auswahl der Lebensmittel, Gruppen, die indizieren, wo die besonderen Gefahrenquellen sind beim Genuß der Nahrung, beim Genuß von Fleisch und Fisch und Früchten, Gemüse und Korn, und die eruieren, ob Tierquälerei der Haltung der Haustiere in der Land- und Viehwirtschaft beigegeben war! Gebt Beispiel in Mitarbeitergruppen der Gemeinde und des Kirchenkreises, durch Lohn- und Gehaltsverzicht Arbeitsplätze, Planstellen, für Arbeitslose zu schaffen oder mit solchem Verzicht zu verhindern, daß Planstellen eingespart werden! Arbeit ist in Fülle vorhanden, jedenfalls im Dienstleistungsbereich. Lohnverzicht der In-Arbeit-Befindlichen um einige Prozente des Einkommens, um eine Besoldungsgruppe kann die Mittel liefern, eine erhebliche Anzahl von Stellen zu erhalten oder neu zu schaffen im eigenen Kirchenkreis oder in einem ärmeren Partnerkreis - bei uns in Westberlin von Zehlendorf nach Kreuzberg. Dies kann ansteckend wirken in den öffentlichen Dienst hinein und auch in die produzierende Wirtschaft. Dort wäre der

Lohnverzicht zu verbinden mit Verzicht auf Arbeitszeit. Die Forderung lautet demgemäß: Arbeitszeitverkürzung unter entsprechender Lohnkürzung! Bei uns in Berlin ist vor Jahren das Beispiel vom öffentlichen Dienst, von der Freien Universität, ausgegangen in die Pfarrerschaft und kirchliche Mitarbeiterschaft hinüber. Bildet Gruppen der Seelsorgehilfe für Strafgefangene, vornehmlich der Ausbildungshilfe für jugendliche Strafgefangene! Gefängnismauern dürfen eine Gemeinde nicht von den Mitbürgern trennen, die der Zuwendung besonders bedürfen. Bildet Gruppen auch, die die Gefangenen aufnehmen, auffangen nach ihrer Entlassung aus der Haft; andere Gruppen, die sich um Asylanten und ganz allgemein um Ausländer kümmern: arbeitsberechtigte und ihre Kinder und nur geduldete, die nach jüngsten Verordnungen keine Unterstützung mehr erhalten, aber auch keine Arbeitserlaubnis! Die Ehrlichen unter ihnen sind auf Almosen angewiesen oder verhungern. Spürt - auch in Gruppen - die alten und einsam gewordenen Mitmenschen auf! Niemand darf in Anonymität und Isolierung absinken; Gott hat den Menschen geschaffen, daß er gesellig sei und Gesellen habe. Und um ein letztes Beispiel zu nennen, das nicht unwichtig ist, das vielerorts bereits praktiziert wird: Bildet Friedensarbeitskreise gegen das Wettrüsten, gegen die Einbeziehung des Weltraums in die militärischen Strategien, ja gegen jede Art nuklearer und konventioneller Waffensysteme, ihre Erforschung, Herstellung und die Bedrohung mit ihnen! Zeigt die Auswirkung der Rüstung und des internationalen Waffenhandels auf die Krisenherde der Erde und auf die Elendsgebiete der Dritten und Vierten Welt, auch auf die Zerstörung, die Bewohnbarkeit unseres Planeten! Hiergegen sind symbolische Akte humanen, zivilen, gewaltlosen Widerstandes zäh und wirksam erprobt und eingeübt worden. Solche Akte sind ständig neu an der Basis der Einzelgemeinde zu überdenken und, in psychologischer Dimension geprüft, auf die lokale Umgebung gezielt einzustimmen. Das Informationsmaterial ist unter solchem Aspekt zu sortieren, auch umzuschreiben, und neue Akte, Aktionen sind in den nächst größeren Regionen abzustimmen. Die Regionen sollten je übergreifen über Landesgrenzen hinweg und hinweg über die Grenzen der Erdteile und der Machtblöcke, die innerdeutsche und die innereuropäische Grenze hinweg. In jüngster Zeit sind sogenannte Dreiecks- und Viereckspartnerschaften möglich geworden von lumanem Reiz und von hoher informierender und vertrauensbildender Wirkung zwischen den Partnern und in die Dritte und Vierte Welt hinein. Deutsch-deutsche Partnergemeinden dehnen ihre Beziehung aus je in das übrige West- und Osteuropa zu Einzelgemeinden, und sie miteinander zu dritt oder viert unterstützen ein Hilfsprojekt in Ländern wirtschaftlichen Elends oder rassischer Unterdrückung. Der Keim solcher Zusammenschlüsse ist noch zart. Er verträgt noch nicht, in das grelle Licht Öffentlicher Propagierung gerückt zu werden, aber er ist da, ist ein Zeichen der Hoffnung.

Ich habe Beispiele genannt. Der Möglichkeiten über sie hinaus sind viele. Sie werden in der Öffentlichkeit allenthalben erörtert. Ihre Realisierung und die Wirkung der Maßnahmen hängt nicht ab von der Antwort auf die Frage nach dem »Wie« einer Weltfriedens-, einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, einer Proklamation der Menschenrechte, die konkreter wäre und überzeugender als die bestehende Verfassung der Vereinten Nationen; nein, ein lohnendes, freieres, glücklicheres, friedvolles Leben für die Menschen auf Erden, wie die Botschaft der Christnacht es angekündigt hat und zu dem der Text unserer Bibelarbeit einen Beitrag leisten kann, hängt ab von dem »Daß« der Entscheidung entschlossener, einsatzbereiter Gruppen. Es gibt mannigfache Wege zum guten Ziel einer Weltverfassung allgemeineren Glücks. Sie sind uns nicht unbekannt. Die Bergpredigt Jesu nennt sie in ihrer Vollzahl. Wir hören die Einwände der Vernunft dagegen: die Wege des Opfers und des Verzichtes insgesamt seien utopisch und illusionär in der irdischen Welt, die von der Übermacht der Sünde beherrscht werde. Es sind Einwände einer resignierenden Vernunft, die sich den herrschenden Mächten unterwirft. Es sind die Einwände, die die allgemeine Verwirklichung der Gebote des Sabbatjahres und des Jubeljahres durch Jahrhunderte aufgehalten haben. Und doch: Gottes Angebote durchbrechen neu und immer wieder die Selbstsucht der Besitzenden und die Mutlosigkeit breiter Mehrheiten. Der Druck gegen die Stauwände, die Skepsis und Relativismus errichten, wird drängender und unwiderstehlich. Im letzten Jahrhundert rechte ich zu den Flutwellen, vielleicht sogar Sturmfluten, die von biblisch-propheetischer Lehre ausgelöst worden sind, die Bewegungen des religiösen und humanen Sozialismus und auch die Vorschläge zur Bodenreform Damaschkes und zu dem Freigeld und Freiland Gesells, die ich eingangs erwähnt habe. Es geht nicht mehr um die Frage des »Wie« einer Verwirklichung. Es geht für den, der Gottes Angebot neu vernimmt, um die Entscheidung zum »Daß« des Gehorsams.

Es ist uns, wie es im Gesetz des Mose heißt, neu vorgelegt der Weg zum Leben und der Weg zum Tode, damit wir das Leben wählen. Treffen wir die Wahl, auf den Weg der Angebote zu treten, die Gott uns in seinem Wort des Alten und des Neuen Testaments macht, so wird er das Leben geben. Die Sorge des »Wie« der Realisierung darf Gottes Volk - über das eigene redliche Bemühen hinaus - getrost Gott überlassen - für die gesamte Schöpfung Gottes, die sein ihm kostbares ist.

Ende Alt-Bischof Scharf

(Der Text sind die Seiten 133 - 139 aus einem Sammelband. Mir standen nur Kopien dieser Seiten zur Verfügung. Der Buchtitel könnte „Die Botschaft der Bibel“ sein. Der Text steht in der Kopfzeile der jeweils linken Seiten.)

Anhang III zu der Ziffer 12

Ein Brief aus den USA, der mit den Zitaten aus „Die Holocaust-Industrie von N.G. Finkelstein korrespondiert.

Das Gespräch aus der Ferne, Vierteljahreshefte zu wesentlichen Lebensfragen unserer Zeit, herausgegeben von Dr. Günter Geschke und Ulrike Rietz

(www.gadf.de, E-Brief: dasgerpraech@compuserve.com)

ist keine freiwirtschaftliche Zeitung, aber eine, die lohnt, sie zu (einem Kostenbeitrag) zu abonnieren. In alten Ausgaben, hat sogar schon Werner Zimmermann geschrieben. Das weiß ich aus einer der ersten Ausgaben der mit Will Noebe verstorbenen Zeitschrift „Telos – Die Welt von Morgen.

Das Gespräch aus der Ferne behandelt in jeder Ausgabe ein Schwerpunktthema. Auf das Heft 368 mit dem Titel „Feindseligkeiten / Zur Ausbreitung von Unfrieden, Gewalt und Terror“ (1. Quartal 2004) antwortet der Leser Hans Bremer im Heft 370 (Ungewisse Zeiten / III 2004) wie unten wiedergegeben.

Zum Heft Nr. 368:

Feindseligkeiten. Zur Ausbreitung von Unfrieden, Gewalt und Terror

Der Verfasser des folgenden Briefes aus Kalifornien arbeitet seit 40 Jahren als Molekular-Biologe an der Universität Berkeley. Gebürtiger Hamburger verbringt er regelmäßig Sommer- und Winterferien in Deutschland, zumeist im elterlichen Haus zu Ahrensburg, der Stadt zwischen Hamburg und Lübeck, in der auch das „Gespräch aus der Ferne“ seit gut zehn Jahren Zuhause ist.

Lieber Herr Dr. Geschke,

das Thema „Feindseligkeiten“ beschreibt die unheilvolle Situation, die über uns allen lastet...

Ich fand alle Beiträge und Kommentare in dem Heft, einschliesslich den von Ihnen geschriebenen, sehr gut und lesenswert. Sie tun mit Ihrer Arbeit ein wichtiges und gutes Werk, auch wenn der Leserkreis klein ist, im Vergleich zu Spiegel oder Bild. Nur, nach dem Lesen der Analysen und Gedanken bleibt überall eine Ohnmacht zurück, die in Hoffnungslosigkeit umschlägt, wenn man die Nachrichten und Kommentare in den hiesigen (US-)Zeitungen liest.

Übrigens glaube ich nicht, dass der Mensch zwei Seelen in der Brust hat, eine aggressive und eine friedliche. Vielmehr sind es zwei verschiedene Menschentypen, die aggressiven und die, die nie einen anderen totschiessen können. Vor 40 Jahren haben Psychologen hier gefunden, dass 50% der Versuchspersonen dazu überredet werden können, einen anderen Menschen zu

quälen, für einen guten Zweck, wie ihnen gesagt wurde (um den Effekt von Strafe auf das Lernen zu prüfen), und sogar zu töten (das „Opfer“ war ein Schauspieler, der die Schmerzen simulierte), und die Hälfte davon wird zunehmend sadistischer dabei und hat Spaß am Quälen. Die anderen 50% geben vorher auf, andere zu quälen, und davon wieder die Hälfte machen von Anfang an gar nicht mit. Der Versuch wird gern verschwiegen, weil er in Amerika gemacht worden ist. In Deutschland hätte man sich das Ergebnis vorstellen können, aber zu Amerika passt es nicht. Nun las ich neulich wieder darüber in der Financial Times (engl. edition), die ich mir in Ahrensburg kaufte um bessere Nachrichten zu erhalten. Der Artikel hieß: "Lessons from Abu Ghraib; revelations of abuse have far-reaching effects on victims of past violence, says Clive Cookson."

Damals in Berkeley waren alle liberal...

Vor über 40 Jahren hatte mich ein amerikanischer Wissenschaftler, der als Teenager 1938 mit seinen Eltern aus Berlin geflohen war, bei einem Besuch im Genetischen Institut in Köln kennengelernt. Nach einem Gespräch in dem er mich offenbar „ausgelotet“ hat (ich hatte davon nichts gemerkt), lud er mich ein, in sein Labor nach Berkeley an der Universität von Kalifornien zu kommen. Seitdem leben wir in Amerika. In Berkeley trafen wir viele andere Emigranten aus Deutschland....

Damals in Berkeley waren alle liberal, wie die Präsidenten Roosevelt und Kennedy. Das war gleichbedeutend mit tolerant, soziales Gewissen, und anti-Nazi. Heute hat sich die Welt verdreht. Liberal ist heute leftist, communist, coward, anti-american, and antisemitic. Juden, die liberal geblieben sind, werden bedroht (wie bei den Nazis), aber diesmal von anderen, konservativen Juden. Nach den heute verbreiteten Kriterien bin ich ein Antisemit. Was ist da passiert? Wohin führt das?

Ein in Budapest gebürtiger Amerikaner, George Soros, ist liberal, anti-Bush, pro-Kerry. Sein Vater brachte es fertig, die Familie vor dem Abtransport nach Auschwitz zu retten. Soros brachte es zu Geld und zu Einfluss, und er half vielen wohltätigen Organisationen. Nun aber wird er als Antisemit verleumdet: „Soros and his family converted from their Jewish faith and survived the Holocaust; they may have collaborated with the Nazis“. Nichts davon ist wahr.-

In einer hiesigen Zeitschrift las ich die Uebersetzung von Teilen eines Artikels aus der „Welt“: „The young idealists in today's anti-globalization movement certainly don't

consider themselves prejudiced. But they have made demonizing Jews one of their central tenets. The new (jewish) stereotype... is a heartless warmonger who wants to force American style capitalism on the oppressed people of the world. Israel's treatment of Palestinians is blown out of all proportion and is seen by the anti-globalizers as the world's greatest injustice."

Der Riß in der US-Gesellschaft

Wieso ist man Antisemit wenn man gegen die Auswüchse des Kapitalismus argumentiert? Überall zeigt sich, dass sich der Gegensatz zwischen arm und reich vergrößert. Was hat das mit Israel zu tun? Vielleicht hat es das, denn mit der Verarmung kommt Verzweiflung und Machtlosigkeit die zum Ausgleich mit einer radikalen Ideologie sympathisiert, bei den Muslims gleichbedeutend mit Antisemitismus. Warum ist man Antisemit wenn man gegen die ungerechte Behandlung der Palästinenser durch orthodoxe Siedler ist? Oder wenn man Foltern in jeder Form für ein Verbrechen hält? Woher die Anhäufung von Hass und Verachtung auf Kandidat Kerry, auf die Demokraten in den USA, und auf die liberalen Intellektuellen (aus Berkeley besonders), in den Leitartikeln der wichtigsten amerikanischen Zeitungen? Es gibt einige jüdische Organisationen, die sich gegen die heutige Politik wenden. Ein Koordinator einer solchen Organisation schrieb: "...we have to build support across all sectors of the United States, and that will never happen without a significant and visible split within the Jewish community." Der split (Riß) ist bereits da; z. B. unsere Freunde in Berkeley denken wie wir, aber sie sind in der Minderheit. Hass und Verachtung von den „mainstream“ Jewish organisations (also des mächtigen American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) richten sich gegen sie.

Der Richard-Perle-Plan der „Neokonservativen“ vom American Enterprise Institute, der die foreign policy der US bestimmt, stand lange fest: Errichtung einer militärischen Basis in Irak mittels „preemptive war“ (vorbeugendem Angriffskrieg. D.R.); von dort mit militärischem Druck nach Syrien, Iran, Saudi-Arabien, Ägypten; Einrichtung von Amerika-freundlichen „Demokratien“; Aussiedlung der Palästinenser nach Jordanien, Ausbau der Ölreserven für Amerika. Dann kann keine Macht mehr Israel bedrohen. Als Sept. 11 kam („September eleven“ steht für den Angriff auf den Worldtrade Tower am 11. 9. 2002 D.R.), liess Bush sich nur schwer davon überzeugen, dass Bin Laden in Afghanistan und nicht im Irak war; das war gegen den Plan. Deswegen mussten die „weapons of mass destruction“ erfunden werden, und als die nicht zu finden waren, die Parole „Freiheit für Irak“, und für die anderen muslimischen „rogue“ Länder („Schurkenstaaten“ D.R.). Der Plan ist noch akut.

Ich glaube, die Situation in Israel und Palästina ist der Ursprung und Kern des Terrorismus, des Konflikts im mittleren Osten, der Machtlosigkeit der UN, der Spaltung Europa / Amerika und innerhalb Europas, der zunehmenden Polarisierung aller Gesellschaften in religiöse Extremisten und gemässigte Liberale. Die jüdischen Liberalen („moderates“) aus Israel, Europa, und USA müssten mehr zu Wort kommen, und die Tatsachen müssen ausgesprochen und bekannt gemacht werden. (Die Deutschen müssen sich ja zurückhalten). Nur dann können wir eine Entspannung und Normalisierung der menschlichen Beziehungen zwischen den Völkern und Religionen erhoffen. Vielleicht wird es mal wieder eine Zeit geben, in der die amerikanischen Konsulate in der Welt nicht verbarrikadiert sind, und in der man ohne Angst vor Attentaten reisen kann. So kann es nicht weiter gehen, scheint es, aber doch wird es von Jahr zu Jahr schlimmer. Selbst wenn Kerry die Wahl gewinnen sollte, wird die machtvolle konservative Lobby in Amerika jeden Fortschritt zur Versöhnung zu verhindern suchen. Solange die Tatsachen verschwiegen werden sehe ich keine Lösung.

Ich las hier einen Artikel von einer Esther Kaplan „The Jewish Divide on Israel“ (in The Nation, July 12). Der Artikel enthält eine Menge Information über die Situation der Jewish community hier, die Hetzkampagnen gegen Andersdenkende, beinahe wie bei den Nazis. (Die Frau schrieb ein Buch in New Press „With God on Their Side: How Christian fundamentalists trampled (mit Füßen traten D.R.) science, policy and democracy in George W. Bush's White House“).-

Soviel zum Gespräch aus der Ferne. Leider bleibt doch alles an der Oberfläche; die Situation ist zu komplex, aber es ist vielleicht Stoff für Gespräche. Vielleicht habe ich zu viel gesprochen.

Mit vielen Grüßen,

Hans Bremer, Berkeley

(Post über die Redaktionsadresse: Ahrensfelder Weg 35, 22926 Ahrensburg)